

Inhaltsverzeichnis

1. Ohne die Freiwilligen geht es an der Steiff-Schule nicht	2
2. Wichtige Freiwilligendienste sind in Gefahr	4
3. Verbände gegen Streichungen beim Freiwilligendienst	6
4. Verbände wehren sich gegen Streichungen beim Freiwilligendienst	7
5. Hamburger Appell - Rettet die Freiwilligendienste (FOTO)	8
6. Was wird aus den FSJ-Stellen in Wismar?	11
7. Protest gegen Sparpläne des Bundes	14
8. #SozialkürzungenStoppen: Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sehen Sozialstaat in Gefahr (FOTO)	15
9. Verbände gegen Streichungen beim Freiwilligendienst	17
10. Protest gegen Sozialkürzungen	18
11. „Soziale Kälte im Land spüren wir nicht“	20
12. Wohlfahrtspflege protestiert	22
13. „Wer heute kürzt, zahlt morgen drauf“	23
14. Protest gegen Sozialkürzungen	24
15. „Kaputtsparen“ bei Freiwilligendiensten	26
16. 25 Sekunden Lichter aus	27
17. Sozialem Dienst droht Kürzung	28
18. Verbände: Sozialstaat in Gefahr	29
19. Nicht mehr wegzudenken	30
20. „Ein Schlag ins Gesicht“	32
21. Sozialverbände protestieren gegen geplante Kürzung	33
22. Caritas warnt vor Einsparungen bei Freiwilligendiensten	35
23. Bei Freiwilligendiensten darf nicht gekürzt werden	36
24. Es drohen dramatische Kürzungen bei Freiwilligendiensten	37
25. „Für mich ist es bestimmt kein verlorenes Jahr“	38
26. Freiwilliges Engagement lohnt in jedem Alter	40
27. Soziale Träger setzen auf Abgeordnete	42
28. DLRG lehnt Kürzungspläne bei Freiwilligendiensten ab	43
29. Träger warnen vor Wegfall von Freiwilligenstellen	44
30. Freiwillige fürchten um ihre Arbeitsstellen	46
31. Wohlfahrtsverbände warnen vor Einsparungen	48
32. Beim Freiwilligen Sozialen Jahr drohen Kürzungen	49
33. „Struktur sollte erhalten werden“	50

Ohne die Freiwilligen geht es an der Steiff-Schule nicht

GINNHEIM - Kritik an geplanten Streichungen des Bundes - Seminare müssten gestrichen werden

Es ist ruhig im Raum der Klasse 2a im ersten Stock der Margarete-Steiff-Schule. Jedes der Kinder hat Aufgabenblätter vor sich liegen oder liest in einem Buch - ganz konzentriert. Gearbeitet wird in kleinen Gruppen. Neben Klassenlehrerin Melanie Oswald und Referendarin Laura Untsch gehört zum Klassenteam auch Sarina Ortwein, die seit diesem Schuljahr an der privaten und inklusiven Grund- und Förderschule ihren Bundesfreiwilligendienst (BFD) macht.

Fachpersonal wird entlastet

Sie ist damit eine von elf jungen Erwachsenen an der Schule, die sich nach ihrem Schulabschluss und vor ihrem weiteren Berufs- und Ausbildungsweg dazu entschieden haben, sich als BFDler oder in Form eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) für die Kinder zu engagieren und damit auch das pädagogische Fachpersonal zu entlasten. Acht Klassen gibt es an der Schule, die überwiegend vom Evangelischen Regionalverband Frankfurt und Offenbach sowie in kleinen Teilen auch von der französisch-reformierten Gemeinde getragen wird. Jede Klasse wird maximal von 22 Mädchen und Jungen besucht, jeweils fünf davon werden inklusiv beschult und haben einen erhöhten Unterstützungsbedarf. Für Sarina Ortwein ist dieses Engagement eine gute Möglichkeit, erste Erfahrungen im Umgang mit Kindern zu sammeln. „Ich möchte später einmal Lehrerin werden“, erzählt sie während sie mit einer Schülerin an einem Tisch sitzt und mit ihr zusammen Buchstaben aus Knetmasse formt. Damit soll der Vorname des Kindes gebildet werden, so dass er für das Mädchen gleichzeitig auch haptisch erfahrbar wird. Ob das Angebot des Freiwilligendienstes auch in Zukunft in gleicher Form an der Margarete-Steiff-Schule sowie anderen Einrichtungen fortgeführt werden kann, ist derzeit ungewiss. Ein von der Bundesregierung im Sommer vorgelegter Haushaltsentwurf für 2024 sieht bei den Freiwilligendiensten Einsparungen im Umfang von 78 Millionen Euro vor. Außerdem wurde eine weitere Kürzung von 35 Millionen Euro für 2025 in Aussicht gestellt. Was das ganz konkret für die Arbeit der Freiwilligendienste bedeutet, das sagt Ingrid Pontzen, pädagogische Leiterin der evangelischen Freiwilligendienste der Diakonie Hessen: „Die Schule zahlt pro Person, die einen Freiwilligendienst macht, derzeit mehr als 800 Euro.“ Dies teile sich auf in das monatliche Taschengeld, das bei der Diakonie Hessen aktuell bei 421 Euro liege, Sozialversicherung und einen Beitrag für die pädagogische Begleitung. Die geplanten Einsparungsmaßnahmen würde diese Begleitung betreffen. Konkret bedeutet dies derzeit, dass es für die Teilnehmer an mindestens 25 Tagen im Jahr des Freiwilligendienstes Seminarangebote gibt. „Die Diakonie Hessen hat derzeit 650 Plätze im Freiwilligendienst“, sagt Pontzen. Durch die geplanten Einsparungen würden sich die Kosten erhöhen. Dadurch bestehe die Gefahr, dass nicht mehr jede Einrichtung Freiwilligendienste im selben Maß oder überhaupt nutzen könne. „Das ist der Fall, wenn die Anzahl der Plätze trotz Einsparungsmaßnahmen weiterhin so bestehen bleiben würde“, erklärt Pontzen. Viel wahrscheinlicher sei aber, dass Plätze reduziert werden müssten. Dies bedeute, dass bereits im kommenden Jahr jeder vierte Platz und 2025 jeder dritte Platz im Freiwilligendienst wegfallen würde. Die derzeit elf jungen Erwachsenen im Freiwilligendienst an der Steiff-Schule sind fest in den Klassenteams integriert. „Sie übernehmen viele Tätigkeiten, die sonst die pädagogischen Fachkräfte machen müssten“, sagt Schulleiterin Ilka Sehnert. „In unserer Arbeit sind sie ein fester Bestandteil, ich weiß aber nicht, welche Kosten künftig auf uns zukommen werden.“ Die Alternative, der Einsatz von Teilhabeassistenten, die vom Bund finanziert werden, sei zwar eine Alternative, aber keine, auf die sie gerne zurückgreifen würden. Weil sich ein Teilhabeassistent immer nur um ein Kind kümmere, was bedeute, dass es in jeder Klasse zusätzlich fünf weitere Erwachsene geben müsste. Zu viele glaubt Pontzen. Alexandra Flieth



*Lehrerin Melanie Oswald und Sarina Ortwein, die Bundesfreiwilligendienst an der Margarete-Steiff-Schule macht.
FOTO: alexandra Flieth*


Bildunterschrift: Lehrerin Melanie Oswald und Sarina Ortwein, die Bundesfreiwilligendienst an der Margarete-Steiff-Schule macht. FOTO: alexandra Flieth

Quelle:	Frankfurter Neue Presse - Frankfurt vom 07.11.2023, Seite 14
Ressort:	Lokales
Ausgabe:	Frankfurt
Dokumentnummer:	fnp_17278F3EAF4833273000

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/FNP_381e94c34de9d8716d3fb3773eea3a9dae8c9567

Alle Rechte vorbehalten: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Bergedorfer Zeitung vom 07.11.2023 Seite 14 / Lokales | Hamburg

Wichtige Freiwilligendienste sind in Gefahr

Bund will ein Drittel bei Finanzierung von Bufdis, FSJlern & Co. sparen. Das hätte drastische Auswirkungen
Thomas Heyen

Bergedorf Sie arbeiten in Kindergärten und Schulen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Pflegeeinrichtungen, Gedenkstätten oder Krankenhäusern und sind eine unverzichtbare Hilfe: Freiwillige, die etwa ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) als Bufdi leisten. Doch bei den Freiwilligendiensten will die Bundesregierung in den kommenden beiden Jahren drastische Einsparungen vornehmen. 113 Millionen Euro sollen gestrichen werden - ein Rückgang um etwa ein Drittel. Fachleute gehen davon aus, dass jeder vierte Platz wegfallen wird. Gegen die geplanten Kürzungen gibt es massive Proteste. Mehr als 100.000 Menschen haben eine entsprechende Petition unterschrieben. Auch in den Vier- und Marschlanden sind zahlreiche Institutionen auf Freiwilligendienste, die in der Regel ein Jahr dauern, angewiesen.

Der Verein Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) organisiert Freiwilligendienste und Begegnungsprogramme in Europa, Israel und in den USA. " Von den geplanten Kürzungen der Mittel wären auch wir massiv betroffen. Sie sind ein großes Problem" , sagt Matteo Schürenberg, Sprecher von ASF. Der Verein sei auf die Zuschüsse vom Bund angewiesen, zudem auf Geld aus Brüssel, kirchliche Zuschüsse und private Spenden. Kürzungen würden die Friedensarbeit " mittelfristig bedrohen" , sagt Schürenberg und fügt hinzu: " Kleinere Anbieter haben ihre Programme bereits eingestellt." Schwierig sei die Situation schon jetzt: " Seit Jahren sind die Leistungen nicht erhöht worden, die Kosten aber immens gestiegen."

Gerade jetzt, wo sich die Ukraine und Israel in Kriegen befinden, wo globale Krisen und die Zunahme des Rechtsextremismus Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen, brauche es internationale Begegnungen und das Engagement junger Freiwilliger, sagt Schürenberg.

Der 1958 gegründete Verein betreut jährlich rund 160 Freiwillige - Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland. Für eine zwölfmonatige Freiwilligenstelle müsse ASF durchschnittlich 18.000 Euro aufbringen. Bei 160 Freiwilligen sind das 2.880.000 Euro. Unter anderem werden die Kosten für An- und Abreise, Unterkunft, Versicherungen und Taschengeld übernommen. Hinzu kämen, wie bei anderen Freiwilligendienstvermittlern auch, Seminare, in denen die jungen Menschen für ihre Aufgaben geschult werden, und Sprachkurse.

Rebekka Leibbrand ist pädagogische Leiterin des Bereichs FSJ Kultur der Landesarbeitsgemeinschaft (Lag) Kinder- und Jugendkultur. Der Hamburger Verein ist ein Zusammenschluss von Institutionen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendkultur. Unter anderem verwaltet er die Einsätze aller FSJler im Kulturbereich in der Hansestadt - derzeit 84 Freiwillige. " Wir suchen interessante Einrichtungen und interessierte junge Menschen, die wir dann vermitteln" , sagt Rebekka Leibbrand und fügt hinzu: " Mittelkürzungen wären dramatisch, denn eigentlich bräuchten wir eine Aufstockung der Mittel." Die Leiterin geht davon aus, dass die Zahl der FSJler dann um ein Drittel reduziert würde. Die FSJ-Betreuung werde - neben einem kleinen Zuschuss von der Kulturbehörde - ausschließlich durch Bundesmittel finanziert.

In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme werden jedes Jahr ein FSJler (Kultur) und ein bis zwei Freiwillige, die seit 1983 von der ASF vermittelt werden, beschäftigt. " Dabei erhalten die Freiwilligen einen Einblick in die verschiedenen Arbeitsbereiche einer großen KZ-Gedenkstätte in Deutschland und bringen sich aktiv mit ihren internationalen Blickwinkeln und damit immer neuen Ideen und diversen Hintergründen ein" , sagt Dr. Iris Groschek. Die Sprecherin der Gedenkstätte erklärt: " Das ist für eine Gedenkstätte, die sich an ein breites internationales Publikum richtet, wichtig, um immer wieder ihre Arbeit anpassen und neue Ideen aufnehmen zu können."

Zusätzlich werden die beiden ASF-Freiwilligen während ihrer Zeit in Hamburg bei der " Solidarischen Hilfe im Alter" eingesetzt. Diese Arbeit der Freiwilligen sei nicht nur für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen, sondern auch für die Gedenkstätte wichtig, betont Iris Groschek. Ein finanzieller Vorteil sei, dass der Freundeskreis der Gedenkstätte dauerhaft die Kosten für eine Drei-Zimmer-Wohnung in Bergedorf übernehme, in der die Freiwilligen wohnen.

Die gemeinnützige GmbH Jugendbauhütte Hamburg beschäftigt im achten Jahr fünf FSJler im Bereich Denkmalpflege. Die Freiwilligen aus ganz Europa wechseln im Zwölf-Monats-Rhythmus. " Viele müssen wir ablehnen, denn wir bekommen jeweils 25 bis 30 Bewerbungen von jungen Menschen" , sagt Ulrich Mumm aus dem Beirat der Jugendbauhütte Hamburg. Die Freiwilligen restaurieren unter anderem ein altes Hufnerhaus am Moorfleeter Deich, haben sich auch schon um Schieberhäuschen auf dem Gelände der Stiftung Wasserkunst Kaltehofe gekümmert. " Etwa 70 Prozent der FSJler beginnen nach ihrem Freiwilligendienst bei uns mit einer handwerklichen Ausbildung oder einem am Handwerk orientierten Studium, etwa einem Architekturstudium" , sagt Mumm. Bei den anderen 15 Jugendbauhütten in Deutschland sehe das kaum anders aus, weiß Mumm.

Die gGmbH habe jährlich Kosten von rund 200.000 Euro, beschäftigt einen Handwerksmeister als Anleiter, zahlt für Miete für die Unterkünfte der Freiwilligen, Material, Versicherungen und Taschengeld, einen Transporter und gelegentlich auch Fachkräfte für Arbeiten, die das eigene Team nicht ausführen kann. Wenn die Bundesregierung Mittel streicht, müsse man neu kalkulieren, sagt Mumm. Bis das Projekt sich selbst trägt - durch die Vermietung von Zimmern und Wohnungen in eigenen, restaurierten Häusern - , wird es von Stiftungen finanziert. Bei Mittelstreichungen durch den Bund wäre man darauf angewiesen, dass Stiftungen mehr Geld zahlen.

Die [Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung \(ISB\) Neuengamme](#) baut ebenfalls ausschließlich auf FSJ-Kräfte. " Wir wären von Kürzungen unmittelbar betroffen" , sagt Sabine Masuhr aus dem Organisationsteam der Kirchengemeinde Neuengamme. Derzeit sind 45 FSJler im Einsatz, die mehr als 50 Kinder und Jugendliche mit Handicap in deren Schulen - in Inklusionsklassen oder an Förderschulen - betreuen. " Für die Schulen wäre das eine Katastrophe" , sagt Sabine Masuhr. Sie fragt sich, wer die Arbeit dann übernehmen soll: " Hauptamtliche muss man erst einmal finden. Und wer soll sie bezahlen? Am Ende werden die Kinder die Leidtragenden sein."

Der Wegfall der Bundesfreiwilligendienste und die Auswirkungen für Bergedorf stehen auch auf der Tagesordnung des Fachausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration, der heute, 18 Uhr, im Bergedorfer Rathaus (Wentorfer Straße 38) öffentlich tagt. Referierende der Arbeitsagentur wurden dazu eingeladen.

Thomas Heyen


Bildunterschrift: FSJler und der Anleiter der gGmbH Jugendbauhütte Hamburg vor dem alten Hufnerhaus am Moorfleeter Deich, das von den Freiwilligen restauriert wird. Lena Diekmann

Quelle:	Bergedorfer Zeitung vom 07.11.2023 Seite 14
Ressort:	Lokales
Ausgabe:	Hamburg
Dokumentnummer:	01621318443CE689D278DFFDC84D1CE4_5270253

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/BEZG_06251f81091ba094fdaa50bb4b9f4a899202c030

Alle Rechte vorbehalten: (c) FUNKE Medien Hamburg GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Welt online vom 07.11.2023

Verbände gegen Streichungen beim Freiwilligendienst

Zahlreiche Hamburger Verbände, Träger und Freiwillige haben die geplanten Kürzungen des Bundes bei den Freiwilligendiensten kritisiert und fordern eine Rücknahme der Pläne. Die geplanten Kürzungen würden die Freiwilligendienste in ihrer Grundstruktur gefährden und allein in Hamburg rund 1000 Stellen bedrohen, teilte der Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg (ASB) am Dienstag mit. Stattdessen müssten die Freiwilligendienste gestärkt und ausgebaut werden. Einen entsprechenden "Hamburger Appell" haben am Montagabend mehr als ein Dutzend Hamburger Vereine und Verbände veröffentlicht.

Hintergrund ist, dass im Haushalt für das kommende Jahr wegen Spardrucks für Freiwilligendienste wie das Soziale und das Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD) weniger Geld (-78 Millionen Euro) vorgesehen ist. Am 16. November tagt in Berlin der Haushaltsausschuss des Bundestags und will den Etat für 2024 final beraten.

Die Kürzungen würden unter anderem Stellen in der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Seniorenarbeit, im Rettungsdienst, im Sanitätsdienst, der Schulbegleitung sowie im Sport und bei Menschen mit Behinderungen betreffen. Von den Einsparungen könnte den Angaben zufolge 2024 jeder vierte Platz in den Freiwilligendiensten betroffen sein.

"Gerade in diesen Zeiten ist es unverantwortlich, hier Kürzungen vorzunehmen!", hieß es weiter. Die Freiwilligendienste seien ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft.

Quelle: Welt online vom 07.11.2023

Dokumentnummer: 212335854

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/WFON_cdf6209d6937570cedf20950e88e42cfeb293df0

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Welt online vom 07.11.2023

Pläne der Ampel

Verbände wehren sich gegen Streichungen beim Freiwilligendienst

Hamburger Verbände kritisieren die Pläne der Ampel-Koalition, wonach die Mittel für Freiwilligendienste gekürzt werden sollen. Dies sei gerade jetzt unverantwortlich, seien doch Einrichtungen wie das Soziale Jahr ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft.

Zahlreiche Hamburger Verbände, Träger und Freiwillige haben die geplanten Kürzungen des Bundes bei den Freiwilligendiensten kritisiert und fordern eine Rücknahme der Pläne. Die geplanten Kürzungen würden die Freiwilligendienste in ihrer Grundstruktur gefährden und allein in Hamburg rund 1000 Stellen bedrohen, teilte der Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg (ASB) am Dienstag mit. Stattdessen müssten die Freiwilligendienste gestärkt und ausgebaut werden. Einen entsprechenden "Hamburger Appell" haben mehr als ein Dutzend Vereine und Verbände bereits am Montag veröffentlicht.

Hintergrund ist, dass im Haushalt für das kommende Jahr wegen Spardrucks für Freiwilligendienste wie das Soziale und das Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD) weniger Geld (-78 Millionen Euro) vorgesehen ist. Am 16. November tagt in Berlin der Haushaltsausschuss des Bundestags und will den Etat für 2024 final beraten.

Die Kürzungen würden unter anderem Stellen in der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Seniorenarbeit, im Rettungsdienst, im Sanitätsdienst, der Schulbegleitung sowie im Sport und bei Menschen mit Behinderungen betreffen. Von den Einsparungen könnte den Angaben zufolge 2024 jeder vierte Platz in den Freiwilligendiensten betroffen sein.

"Gerade in diesen Zeiten ist es unverantwortlich, hier Kürzungen vorzunehmen!", hieß es weiter. Die Freiwilligendienste seien ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft.


Quelle: Welt online vom 07.11.2023

Dokumentnummer: 212335855

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/WEON_e60fcd7dd9bda284b7b811a622f0fcb853e8d3dc

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

news aktuell vom 07.11.2023, 07.11.2023 / Politik

Hamburger Appell - Rettet die Freiwilligendienste (FOTO)

Hamburg (ots) - Der ASB Hamburg initiiert einen letzten Aufschrei gegen die drohenden, massiven Kürzungen bei den Freiwilligendiensten. Am 16.11. steht die Bereinigung des Bundeshaushalts 2024/2025 bevor. Verbände, Träger und Freiwillige formulieren einen Hamburger Appell und machen seit Bekanntwerden des Haushaltsentwurfs auf die drastischen Folgen aufmerksam, um diese noch abzuwenden.

Die Freiwilligendienste in Deutschland stehen vor einer existenziellen Bedrohung. Angesichts der drastischen Haushaltskürzungen, die für 2024 und 2025 geplant sind, erheben wir unsere Stimmen, um einen dringenden Appell gegen die geplanten Kürzungen bei den Freiwilligendiensten zu formulieren. Diese Kürzungen gefährden nicht nur das freiwillige ehrenamtliche Engagement, sondern auch das gesellschaftliche Miteinander und den demokratischen Zusammenhalt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Hamburger Verbände, Einrichtungen, Träger, der Zivilgesellschaft und der Freiwilligendienste sind zutiefst entsetzt über diese Maßnahmen, die eine Streichung von bis zu 35 Prozent der Fördermittel für Freiwilligendienste vorsehen.

Die geplanten Kürzungen gefährden die Freiwilligendienste in ihrer Grundstruktur und bedrohen allein in Hamburg rund 1.000 Stellen. Dabei geht es hier nicht nur um bloße "abstrakte Stellen im Haushalt", sondern um wertvolle Arbeit, die von engagierten jungen Menschen in verschiedenen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen geleistet wird. Es handelt sich um die unverzichtbare Arbeit in der Pflege, in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Seniorenarbeit, im Rettungsdienst, im Sanitätsdienst, in der Ersten Hilfe und vielen weiteren Bereichen. Gerade in diesen Zeiten ist es unverantwortlich, hier Kürzungen vorzunehmen!

Das Engagement dieser jungen Menschen ist von unschätzbarem Wert für die Einrichtungen und Menschen in Hamburg. Es zeugt von gelebter Solidarität in unserer Stadt. Wenn sich junge Menschen bewusst dafür entscheiden, sich freiwillig für andere zu engagieren, profitieren alle Seiten: Die Freiwilligen sammeln wertvolle Erfahrungen im sozialen Bereich und erweitern ihre persönlichen Kompetenzen. Gleichzeitig unterstützen sie die Einrichtungen und Träger, gerade in Zeiten des Fachkräftemangels. Und nicht zuletzt profitieren die Menschen, die mit den jungen, engagierten Menschen Zeit verbringen und ihre Unterstützung in Anspruch nehmen. Viele der Freiwilligen entscheiden sich aufgrund ihrer Erfahrungen in den Freiwilligendiensten langfristig für ein soziales Engagement. Sie sind die Fachkräfte von morgen.

In seinem Statement macht Marcus Weinberg, Landesvorsitzender des ASB Hamburg, sehr deutlich: "Dies ist ein letzter Aufschrei! Wir wehren uns mit Inbrunst und Überzeugung gegen die Kürzungen bei den Freiwilligendiensten. Was tut man unserem Gemeinwesen und dem Engagement so vieler junger Menschen an? Gerade in Zeiten, in denen wir mit neuen Herausforderungen wie Kriegen, dem Klimawandel und dem demografischen Wandel konfrontiert sind, brauchen wir mehr Engagement. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir in Berlin 5.000 neue Stellen "flüchtlingsbezogene" Stellen geschaffen, und jetzt soll gekürzt werden? Das ist grotesk und falsch!

Wir appellieren an die Verantwortlichen, diese Kürzungen zurückzunehmen und die Freiwilligendienste zu stärken und auszubauen. Auch die Hamburger Bundestagsabgeordneten in Berlin und der Hamburger Senat müssen sich erheben, um das soziale Engagement junger Menschen in Hamburg zu schützen und die Auswirkungen der Kürzungen abzuwenden. Hier sind politische Verantwortung und Haltung gefragt. Die Ampel-Beschlüsse in Berlin wurden von allen drei Parteien gefasst, und niemand darf sich aus der Verantwortung stehlen. Wir erwarten von der zuständigen Familienministerin der Grünen, dem Finanzminister der FDP und dem Bundeskanzler der SPD eine Abkehr von diesen verheerenden Sparmaßnahmen in einer Zeit, in der andere Signale und gesellschaftspolitische Botschaften dringend notwendig sind: "Wir schätzen euch, wir brauchen euch, wir unterstützen euch!" Ein weiterer Vertrauensverlust der Menschen, insbesondere der

gesellschaftspolitisch Engagierten in die Politik, darf nicht riskiert werden. Klugheit, Einsicht und Weitsicht erfordern die Rücknahme dieser Sparbeschlüsse!" Der ASB Hamburg und viele weitere Träger und Verbände appellieren eindringlich an die Bundesregierung, diese Kürzungen zu überdenken und die Zukunft der Freiwilligendienste zu sichern. Die Freiwilligendienste sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft und leisten einen unschätzbaren Beitrag für die persönliche Entwicklung der Teilnehmenden und für das Gemeinwohl. Gemeinsam verabschieden sie folgenden Hamburger Appell:

Hamburger Appell zur Abwendung der Kürzungen bei den Freiwilligendiensten
Wir, die Vertreter:innen der Hilfsorganisationen und Träger von
Freiwilligendiensten, richten diesen dringenden Appell an die politisch
Verantwortlichen im Bund und in unserer Stadt und in Richtung der Hamburger
Öffentlichkeit, für die ein funktionierendes Gemeinwesen mit Engagement so
wichtig ist!

Die angekündigten massiven Haushaltskürzungen der Bundesmittel für alle
Freiwilligendienste für die Jahre 2024 und 2025 gefährden nicht nur die Zukunft
unserer freiwillig Engagierten, sondern auch die Werte, die sie in unserer
Gesellschaft verkörpern.

Die Freiwilligen leisten einen unschätzbaren Beitrag in Kitas, Schulen,
Sportvereinen, im Naturschutz, in der Kultur und der Pflege. Sie sammeln
wertvolle Erfahrungen im sozialen Bereich und bieten unseren Fachkräften
unersetzliche Unterstützung, insbesondere in Zeiten des Arbeitskräftemangels.
Die im Bundeshaushalt vorgeschlagenen Kürzungen gefährden all dieses Engagement.
Und: sie treffen erneut die Generation, die durch Corona-Pandemie bereits sehr
gelitten hat. Statt diese jungen Menschen potenziell für ein lebenslanges
Engagement zu gewinnen, wird ihnen wieder signalisiert, dass sie keine Priorität
für die Politik haben. gerade mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen wie
der Bewältigung der Folgen von Krieg und Flucht, der Klimakrise oder der Folgen
des demografischen Wandels brauchen wir jetzt MEHR Engagement und nicht
WENIGER! Die Kürzungen treffen uns im Mark!

Zum aktuellen Zeitpunkt müssen wir davon ausgehen, dass 2024 jeder vierte Platz
in den Freiwilligendiensten verloren gehen wird, wenn die Kürzungen wie im
Haushaltsentwurf vorgesehen, umgesetzt werden. Zur laufenden Kampagne und
Petition möchten wir folgende Botschaften vermitteln:

Wir appellieren daher an Sie, die Kürzungen der Freiwilligendienste abzuwenden
und die wichtige Arbeit dieser engagierten Menschen zu unterstützen. Die
Freiwilligendienste sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft
und sollten gestärkt, nicht geschwächt werden.

Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Hamburg e.V.

AWO Landesverband Hamburg e.V.

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.

Diakonisches Werk Hamburg

Elsa Brändström Haus im DRK e.V.

Erzbistum Hamburg Fachbereich Freiwilligendienste

Internationaler Bund e.V. IB Nord

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) Landesverband Hamburg e.V.

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Regionalverband Hamburg

Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste (LAG)

Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen gGmbH

Malteser Hilfsdienst gemeinnützige GmbH Diözesan- und Bezirksgeschäftsstelle
Hamburg

Petitor:innen und Sprecher:innen der Bundesfreiwilligendienste

Pressekontakt:

Petra Witt

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Arbeiter-Samariter-Bund Sozialeinrichtungen (Hamburg) GmbH

Heidenkampsweg 81

20097 Hamburg

Tel.: +49 40 83398 128

Mobil: + 49 162 2958215

Mail: <mailto:petra.witt@asb-hamburg.de><http://www.asb-hamburg.de>

Weiteres Material: <http://presseportal.de/pm/114456/5642860>

OTS: ASB Hamburg

[Homepage](#)

Quelle: news aktuell vom 07.11.2023, 07.11.2023


Ressort: Politik

Dokumentnummer: 5642860

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/NEWA_55c564bc8de9d01820bf640cd7e3615938032c2f

Alle Rechte vorbehalten: (c) news aktuell GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Lübecker Nachrichten

Lübecker Nachrichten - Mecklenburg vom 08.11.2023, Seite 10 / Lokales

Drastische Kürzung der Mittel

Was wird aus den FSJ-Stellen in Wismar?

Jugendliche demonstrieren gegen drastische Kürzung bei Freiwilligendiensten - Unternehmen in Sorge

„Ohne uns würde vieles nicht gehen“, sagt Hanna Paul. Die 18-Jährige gehört zu den Jugendlichen, die am Montagmittag (6. November) vor dem Wismarer Rathaus demonstrieren. Unter dem Hashtag „Kürzt uns nicht weg!“ wird derzeit in vielen Orten deutschlandweit mobil gemacht.

Denn: Der nächste Bundeshaushalt für die Jahre 2024/25 sieht vor, dass die Mittel für das Bundesfreiwilligenjahr und das Freiwillige Soziale Jahr um 35 Prozent gekürzt werden. Das heißt, dass jede dritte Einsatzstelle wegfallen würde. Hanna Paul kann das nicht verstehen. Ihrer Meinung nach sollte mehr in die Jugend und ihre Ausbildung investiert werden.

Sie selbst hat im September ihr freiwilliges Jahr in der Denkmalpflege in Wismar angefangen, ist über die mobile Jugendbauhütte mit anderen Jugendlichen auf denkmalpflegerischen Einsatzstellen in der Region unterwegs. „Wir haben gerade die Kuppel der Stover Mühle eingedeckt“, erzählt die Abiturientin mit leuchtenden Augen vom Handwerk. Sie hat mit fachkundiger Anleitung gelernt, ein Dach zu decken.

Sie weiß, viele FSJler arbeiten in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Kindergärten oder so wie sie in der Denkmalpflege. „Wir leisten viel Arbeit für die Gemeinden, die sich sonst solch eine Denkmalpflege für ihr Dorf nicht leisten könnten“, bleibt sie beim Beispiel der Stover Mühle. Dort sind die Jugendlichen seit Jahren im Einsatz. „Wenn die Stellen weggekürzt werden, leiden die Gemeinden und viele Bevölkerungsgruppen drunter.“

Michael Jürgensen, Geschäftsführer des Sana Hanse-Klinikums Wismar, gibt der jungen Frau recht: „Die FSJler sind bei uns im Haus eine wichtige Unterstützung. Und wir hoffen natürlich in Zeiten von Fachkräftemangel, sie dann bei uns in die Ausbildung zu bekommen. Wir nehmen sehr gerne FSJler.“

Was ist, wenn die Stellen wegfallen? „Das wäre schlimm für die Jugendlichen und uns als Einsatzstellen“, sagt Kathrin Konietzke vom DRK Nordwestmecklenburg mit vielen Einsatzstellen, gerade in Kitas. „Das sind helfende Hände für unsere Arbeit.“

Hanna Paul hat sich für das Jahr entschieden, um Erfahrungen im Handwerk zu sammeln. Mit Abitur und aus einem Akademikerhaushalt stammend war klar, sie solle studieren. Nun reizt das Handwerk mindestens genauso. Die junge Engagierte schüttelt den Kopf: „Den Jugendlichen, die handwerklich interessiert sind, wird der Orientierungsweg zum Handwerk gekürzt - es fehlen doch überall die Fachkräfte. Der Bund sollte dafür sorgen, dass das Jahr attraktiver wird. Es wird ja wieder drüber geredet, ein Pflichtjahr einzuführen. Wir machen das Jahr freiwillig.“

„Freiwillig. Engagiert. Vielfältig“, steht auf den T-Shirts der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD) als einer von vielen Trägern der Freiwilligendienste. Die Jugendlichen auf dem Wismarer Markt haben daraus ein „Freiwillig. Engagiert. Abserviert“ gemacht - ohne natürlich ihrem engagierten Träger zu nahe kommen zu wollen mit der Bundespolitik. Hanna Paul weiß, was das „Freiwillig“ im „FSJ“ bedeutet. Sie bekommt in dem Jahr für die 40-Stunden-Arbeitswoche 470 Euro im Monat.

„Rein rechnerisch sind das zwei Euro die Stunde. Da kann sich das Land glücklich schätzen, dass es Menschen gibt, die das machen. Man kommt klar durch staatliche Hilfen wie das Wohngeld. Aber für viele ist das FSJ entsprechend unattraktiv.“

Eine Passantin auf dem Markt der Hansestadt kommentiert die Kürzungspläne: „Schweineerei! Wieder wird bei der Bildung und der Jugend gespart.“ Sie arbeitet in einem Wismarer Kindergarten und weiß, die FSJler werden dringend gebraucht.

Zitat-Text:

Wir leisten viel Arbeit für die Gemeinden, die sich sonst solch eine Denkmalpflege für ihr Dorf nicht leisten könnten.

Hanna Paul, absolviert seit September ihr freiwilliges Jahr in der Denkmalpflege

Wir leisten viel Arbeit für die Gemeinden, die sich sonst solch eine Denkmalpflege für ihr Dorf nicht leisten könnten.

Hanna Paul, absolviert seit September ihr freiwilliges Jahr in der Denkmalpflege



Jugendliche wie Hanna Paul (2.v.r.) demonstrierten auf dem Wismarer Marktplatz gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung.



Nicole Hollatz


Bildunterschrift: Jugendliche wie Hanna Paul (2.v.r.) demonstrierten auf dem Wismarer Marktplatz gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung

Quelle:	Lübecker Nachrichten - Mecklenburg vom 08.11.2023, Seite 10
Ressort:	Lokales
Ausgabe:	Mecklenburg
Dokumentnummer:	doc7sq8p5hka9k1838hugmr

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/LBN__d1562e09fcc63f92f895562cea72a42b5a6fff89

Alle Rechte vorbehalten: (c) Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Schweriner Volkszeitung - Gadebusch-Rehnaer Zeitung vom 08.11.2023, Seite 9 / Lokales

Protest gegen Sparpläne des Bundes

Liz, Leni und Vanessa fürchten hohe Einschnitte beim Freiwilligendienst und zeigen Flagge

Christiane Großmann **Parchim**

Sie werden in Zeiten von akutem Personalmangel dringender denn je gebraucht. Doch der Bund will die Mittel für Freiwilligendienste in den kommenden zwei Jahren um etwa ein Drittel kürzen, weil die Haushaltslage nicht mehr hergibt. Sozialverbände befürchten, dass damit etwa jede dritte Bufdi- oder FSJ-Stelle wegfallen könnte.

Zum Einsatz kommen Freiwilligendienstleistende unter anderem in Pflegeeinrichtungen, wo sie nicht selten schon eine feste Planungsgröße sind, in Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Schulen, Freizeitzentren, Jugendbildungs- und Gedenkstätten, Vereinen oder bei Trägern, die sich im ökologischen Bereich engagieren.

Freiwilligendienstleistende sollen Fachkräfte entlasten helfen, ihren Einsatz aber auch als Lebensschule verstehen. Für ihr Engagement zum Wohle der Gesellschaft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden erhalten sie ein Taschengeld, das mit der jeweiligen Einsatzstelle vereinbart wird. Ein Bufdi kann beispielsweise maximal 438 Euro bekommen.

„Für uns sind es helfende Hände“, sagt Annett Weissensee und spricht von einer Win-Win-Situation: Der Einsatz der jungen Menschen werde gebraucht, umgekehrt ermögliche der Freiwilligendienst ihnen nach Beendigung der Schule den Einstieg in eine Alltagsstruktur unter Berufsbedingungen.

Die Kita-Leiterin in Suckow ist seit etwa eineinhalb Jahren eine feste Ansprechpartnerin für die Freiwilligendienstler beim Kreisverband Schwerin-Parchim des Arbeiter Samariter Bundes - kurz ASB. Sie hat die pädagogische Anleitung der Freiwilligen übernommen, aktuell sind es sechs.

Gerade für die Berufsfindung könne das Freiwilligenjahr eine enorme Entscheidungshilfe sein, sagt die pädagogische Anleiterin. Ihre eigene Tochter ist ein gutes Beispiel dafür: Liz Weissensee leistete ihren Bundesfreiwilligendienst ebenfalls bei den Ruhner Zwergen in Suckow. Ihr ging es zunächst eher darum, etwas Zeit zu überbrücken und diese mit einer sinnvollen Tätigkeit auszufüllen. Die Arbeit mit Kindern als berufliche Option hatte Liz Weissensee zum damaligen Zeitpunkt noch gar nicht in Betracht gezogen. Inzwischen steckt die 19-Jährige mitten in der Ausbildung zur Kinderpflegerin, die sie im September 2024 abschließt. Schon jetzt steht fest, dass sie danach direkt die Erzieherausbildung draufsatteln wird.

Mit der Absicht, den Bundesfreiwilligendienst auch als Berufsvorbereitung zu nutzen, trat Leni Schlichting vor wenigen Wochen ihren befristeten Ehrenamtsjob beim ASB-Ausbildungszentrum in Parchim an. Die Absolventin des Friedrich-Franz-Gymnasiums in Parchim möchte später „in die medizinische Richtung gehen.“

In den ersten Dienstwochen pendelte die 18-Jährige von See zu See, wo sie für den ASB-Kreisverband als Rettungsschwimmerin im Einsatz war. Auslöser für ihren Wunsch, Wasserretterin zu werden, war ihr jüngerer Bruder, der bereits Rettungsschwimmer ist.

„Kürzt uns nicht weg“, lautet der Appell von Leni und Vanessa. Rückenstärkung für ihre Forderung bekommen sie von Liz. Die drei zeigten am Montag Flagge anlässlich des bundesweiten Aktionstages gegen Kürzungen beim Freiwilligendienst. Mitte November 2023 finden in Berlin die finalen Haushaltsberatungen statt.

Quelle:	Schweriner Volkszeitung - Gadebusch-Rehnaer Zeitung vom 08.11.2023, Seite 9
Ressort:	Lokales
Ausgabe:	Gadebusch-Rehnaer Zeitung
Dokumentnummer:	23-167884754

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/SVZ_f080ce16f8af8eff1da26fa94e2fda1c80aeaac4

Alle Rechte vorbehalten: (c) Zeitungsverlag Schwerin GmbH & Co. KG

news aktuell vom 08.11.2023, 08.11.2023 / Politik

#SozialkürzungenStoppen: Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sehen Sozialstaat in Gefahr (FOTO)

Berlin (ots) - Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sehen den Sozialstaat in Deutschland angesichts der Kürzungspläne im Bundeshaushalt 2024 ernsthaft gefährdet. Eine Woche vor der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, in der die Abgeordneten letzte Änderungen am Bundeshaushalt erwirken können, fordern die Spitzen von Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO), Deutschem Caritasverband (DCV), dem Paritätischen Gesamtverband, Deutschem Roten Kreuz (DRK), der Diakonie Deutschland und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) eine Rücknahme der Kürzungspläne. Auf der heutigen von der AWO organisierten Kundgebung in Berlin warnten sie vor massiven Einschnitten in eine Vielzahl sozialer Angebote und einer damit einhergehenden nachhaltigen Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der zu beschließende Haushaltsplan sieht aktuell für Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege eine Kürzung von insgesamt etwa 25 Prozent vor.

Was ist geplant und mit welchen Folgen?

- Kürzungen in Höhe von etwa 30 Prozent im Bereich der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE), obwohl die Nachfrage nach qualitativer Beratung unverändert hoch ist. Damit geraten die etablierten und bewährten Strukturen des Beratungsangebotes massiv unter Druck.
 - Kürzungen für das Programm der bundesweiten, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB). Durch den Wegfall von 50 Prozent der für das nächste Jahr mindestens benötigten Mittel wird der zugesagte Aufbau torpediert. Es drohen Insolvenzen und eine Verschlechterung des Beratungsangebots durch Wegfall der Landesfinanzierungen.
 - Ein weiteres betroffenes Bundesprogramm ist das der Psychosozialen Zentren (PSZ). Es soll eine Kürzung von 17 Millionen auf sieben Millionen Euro geben. Die Verbände sehen die Versorgung und Teilhabe von geflüchteten sowie anderen zugewanderten Menschen massiv gestört und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr.
 - Die Mittel für die Freiwilligendienste sollen über alle Formate hinweg um 23,7 Prozent gekürzt werden. Die geplanten Kürzungen hätten zur Folge, dass jeder vierte Freiwilligenplatz wegfallen würde - das wären bundesweit rund 30.000 Freiwillige.
 - Im Bereich Digitalisierung hebeln Einsparungen in Höhe von 3,5 Millionen Euro das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgesetzte Förderprogramm zur Zukunftssicherung der Freien Wohlfahrtspflege durch Digitalisierung komplett aus. Hier werden die Verbände mitten im Aufbruch und in wichtigen strategischen Entwicklungen stark beeinträchtigt.
- BAGFW-Präsident Michael Groß (Arbeiterwohlfahrt Bundesverband) betont: "Der Entwurf zum Bundeshaushalt bedeutet für viele unserer Einrichtungen und Angebote schmerzhaftes Einschnitte, bis hin zur Schließung. In einer so unsicheren Weltlage, in der viele Menschen massiv verunsichert sind und große Sorgen haben, stehen jetzt die letzten Anlaufpunkte auf dem Spiel, die den Menschen noch Sicherheit und Orientierung geben können. Die Arbeitsbereiche der Freien Wohlfahrtspflege machen nur einen minimalen Bruchteil des Bundeshaushalts aus - minimale Einsparungen sorgen für maximalen Schaden!"
- Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes (DCV): "Die Grenze zwischen "Dinnen" und "Draußen" wird heute über digitale Zugangsbarrieren bestimmt: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer, wo Menschen digital abgehängt werden. Passgenaue Angebote der Wohlfahrtsverbände müssen analog und digital gestaltet werden, um diese Kluft zu schließen. Das gilt etwa für unsere Beratungsstellen, die auch online erreichbar sein müssen. Wenn die Förderung der digitalen Transformation der Wohlfahrtsverbände von der Bundesregierung auf Null gesetzt wird, geht das zulasten der Zukunft des Sozialen."

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes: "Es

ist erschütternd, dass die Bundesregierung in einer Zeit wachsender sozialer Spaltung bei solchen Strukturen kürzt, die Menschen in Armut und prekären Lebenslagen helfen - von Hilfen für Arbeitslose bis zur Unterstützung Geflüchteter. Die Haushalts- und Finanzpolitik der sozialen Kälte muss gestoppt werden! Es steht nichts weniger als der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Stabilität unserer Demokratie auf dem Spiel."

Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) :

"Migrationsberatungsstellen helfen Zugewanderten, sich zu orientieren und ihre Ansprüche wahrzunehmen. Sie sorgen langfristig dafür, dass Menschen, die zu uns kommen, Fuß fassen, sich einbringen und selbstverständlich alle Möglichkeiten haben, die andere auch haben. So kann Zuwanderung die Gesellschaft bereichern. Sie in Zeiten steigender Zuwanderung zu streichen ist schlicht unverantwortlich."

Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland : "Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Freiwilligendienste zu stärken. Die Kürzungen stehen dazu in klarem Widerspruch und dürfen auf keinen Fall beschlossen werden. Notwendig wäre eine Aufstockung der Mittel und mehr Unterstützung für die Freiwilligen: zum Beispiel durch die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs oder die Anerkennung von Freiwilligenzeiten als Vorbereitung auf ein Studium oder eine Ausbildung. Wer hier heute kürzt, zahlt morgen drauf!"

Abraham Lehrer, Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) : "Die globalen Krisen der letzten Jahre zeigen: Eine resiliente und krisenfeste Wohlfahrtspflege ist wichtiger denn je. Krisen werden von Populisten als Nährboden missbraucht, die meinen, auf komplexe Fragestellungen einfache Antworten finden zu können. Das damit einhergehende Auseinanderdriften des gesellschaftlichen Zusammenhalts gefährdet die Demokratie. Die Freie Wohlfahrt muss eine verlässliche Anlaufstation für vulnerable Gruppen bleiben. Integration, ehrenamtliches Engagement und digitale Teilhabe sind unabdingbar für gesellschaftlichen Zusammenhalt."

Pressekontakt:

Katrin Goßens

030 24089-121

mailto:presse@bag-wohlfahrt.de

Weiteres Material: <http://presseportal.de/pm/65567/5644605>

OTS: BAGFW e.V.


[Homepage](#)

Quelle:	news aktuell vom 08.11.2023, 08.11.2023
Ressort:	Politik
Dokumentnummer:	5644605

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/NEWA_dff8132c081a1cbb162ae8d9cad18e769085c063

Alle Rechte vorbehalten: (c) news aktuell GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Welt online vom 08.11.2023

Verbände gegen Streichungen beim Freiwilligendienst

Zahlreiche Hamburger Verbände, Träger und Freiwillige haben die geplanten Kürzungen des Bundes bei den Freiwilligendiensten kritisiert und fordern eine Rücknahme der Pläne. Die geplanten Kürzungen würden die Freiwilligendienste in ihrer Grundstruktur gefährden und allein in Hamburg rund 1000 Stellen bedrohen, teilte der Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg (ASB) am Dienstag mit. Stattdessen müssten die Freiwilligendienste gestärkt und ausgebaut werden. Einen entsprechenden "Hamburger Appell" haben am Montagabend mehr als ein Dutzend Hamburger Vereine und Verbände veröffentlicht.

Hintergrund ist, dass im Haushalt für das kommende Jahr wegen Spardrucks für Freiwilligendienste wie das Soziale und das Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD) weniger Geld (-78 Millionen Euro) vorgesehen ist. Am 16. November tagt in Berlin der Haushaltsausschuss des Bundestags und will den Etat für 2024 final beraten.

Die Kürzungen würden unter anderem Stellen in der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Seniorenarbeit, im Rettungsdienst, im Sanitätsdienst, der Schulbegleitung sowie im Sport und bei Menschen mit Behinderungen betreffen. Von den Einsparungen könnte den Angaben zufolge 2024 jeder vierte Platz in den Freiwilligendiensten betroffen sein.

"Gerade in diesen Zeiten ist es unverantwortlich, hier Kürzungen vorzunehmen!", hieß es weiter. Die Freiwilligendienste seien ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft.


Quelle: Welt online vom 08.11.2023

Dokumentnummer: 212350480

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/WFON__265bbc5c6597be6d57c7c4ea420c324cf5fbc4c5

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Potsdamer Neueste Nachrichten vom 09.11.2023, Seite 6 / Politik

POLITIK

Protest gegen Sozialkürzungen

„Die Auswirkungen sind fatal“

Frau Hasselfeldt, in den vergangenen Krisenjahren hat der Bund gigantische Summen in die Hand genommen, um die Menschen im Land zu entlasten. Warum sind die Sozialverbände am Mittwoch trotzdem auf die Straße gegangen? Weil wir in großer Sorge sind. Bei den sozialen Angeboten will die Bundesregierung massiv kürzen, zum Teil mehr als 25 Prozent. Das hätte dramatische Folgen für die soziale Infrastruktur, und es widerspricht zum Teil sogar expliziten Verabredungen im Koalitionsvertrag.

Die Welt ist allerdings eine ganz andere geworden, seit der Koalitionsvertrag verhandelt wurde. Das ist richtig. Aber gerade weil die Welt eine ganz andere geworden ist, sind auch die Bereiche, bei denen jetzt gekürzt werden soll, von noch größerer Bedeutung als zuvor. Zum Beispiel die Bundesfreiwilligendienste.

Was ist da Ihre Befürchtung? Dort soll um 25 Prozent gekürzt werden, jede vierte Stelle würde wegfallen. Dabei ist im Koalitionsvertrag verabredet, die Dienste zu stärken. Es ist besonders grotesk, hier zu streichen, wenn wir gleichzeitig über die Idee eines Pflichtdienstes diskutieren. Die Freiwilligendienste sind ein wichtiges Tor zu ehrenamtlichem Engagement im späteren Leben oder einem sozialen Beruf. Deshalb sollten die Dienste sogar noch attraktiver gemacht werden, zum Beispiel mit einem höheren Taschengeld für die Engagierten.

Um welche Themen geht es Ihnen noch? Es gibt mehr Bereiche, die ausgebaut werden müssten, bei denen aber gekürzt wird. Zum Beispiel bei der Migrationsberatung, die auch einwandernde Arbeitskräfte in Anspruch nehmen, und bei der Asylverfahrensberatung. Und auch bei den psychosozialen Zentren, wo vor allem traumatisierten Geflüchteten geholfen wird. Dort wird sogar um 60 Prozent gekürzt. Bei der Asylverfahrensberatung gab es vergangenes Jahr zum ersten Mal ein Bundesprogramm, damals mit der politischen Zusage, dass dies in den folgenden drei Jahren ausgebaut werden soll. Stattdessen sollen nun Strukturen zerschlagen werden, die gerade erst mühsam aufgebaut wurden.

Wie lautet Ihr Alternativvorschlag, damit der Haushalt ausgeglichen werden kann? Ich will erst einmal festzuhalten, dass es mit Blick auf den gesamten Bundeshaushalt um sehr kleine Beträge geht. Die Auswirkungen sind aber fatal. Die sozialen Dienste kann man nicht einfach abbauen und später, falls wieder Geld da ist, wieder aufbauen. Da müssen Menschen eingearbeitet werden und Empathie für ihr spezielles Aufgabengebiet mitbringen.

So einfach kann der Finanzminister es sich aber nicht machen. Was würden Sie tun, wenn Sie an seiner Stelle wären? Es ist Aufgabe der Haushaltspolitiker, dafür zu sorgen, dass der Haushalt ausgeglichen ist. Das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Mit den geplanten Sozialkürzungen würden viele Strukturen zerstört, das darf nicht passieren. Ob dafür woanders gespart oder eine begrenzte Neuverschuldung in Kauf genommen wird, habe ich nicht zu entscheiden.

Wären Sie dafür, die Schuldenbremse aufzugeben? Das ist eine Frage, die die Politik zu beantworten hat. Meine Aufgabe ist es, darauf hinzuweisen, wie fatal in unserem Bereich die Auswirkungen der geplanten Kürzungen wären. Da wird Hand angelegt an Grundfesten unseres Sozialstaats.

Der Bundesfreiwilligendienst beim Deutschen Roten Kreuz ist für viele ein Tor zum Ehrenamt. Künftig könnte jede vierte Stelle wegfallen.

Infobox

Zur Person

Gerda Hasselfeldt (CSU) ist frühere Bundesministerin und langjährige Abgeordnete und war Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Seit 2017 ist die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes.

Infobox

Spitzenverbände demonstrieren

Auf einer Kundgebung warnten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege am Mittwoch in Berlin, angesichts der geplanten Einschnitte im Bundeshaushalt 2024 sei der „Sozialstaat in Deutschland ernsthaft gefährdet“. Kommende Woche wird der Haushaltsausschuss abschließend beraten. (epd)


Karin Christmann

Quelle:	Potsdamer Neueste Nachrichten vom 09.11.2023, Seite 6
Ressort:	Politik
Ausgabe:	POLITIK
Dokumentnummer:	doc7sqqr1g3t053ea49cut

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/PNN_doc7sqqr1g3t053ea49cut%7CPNNA_doc7sqqr1g3t053ea49cut

Alle Rechte vorbehalten: (c) Verlag Der Tagesspiegel GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

DONAUKURIER

Donaukurier - Eichstätter Kurier vom 09.11.2023, Seite 14-14 / Bayern | Eichstätter Kurier

„Soziale Kälte im Land spüren wir nicht“

Die Präsidentin des Caritasverbandes, Eva Welskop-Deffaa, über Migration, Fachkräfte und das Geld
Eichstätt/Berlin Eva Maria Welskop-Deeffaa ist seit gut zwei Jahren Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes. Bei einem Besuch in Eichstätt hat sie mit unserer Zeitung über drängende Fragen der Wohlfahrtspflege gesprochen, auch über die Migration.

Frau Welskop-Deffaa, wir leben in turbulenten Zeiten, überall auf der Welt gibt es Krisenherde, die auch die Wohlfahrtsverbände, die Caritas, berühren.

Eva Maria Welskop-Deffaa:

Caritas ist als Wohlfahrtsverband immer dann besonders gefordert, wenn Krisen da sind. Da sind wir mit unseren Strukturen gut aufgestellt. Wir schaffen es, nah bei den Menschen zu sein, nah bei den Nöten, und Lösungen anzubieten, egal ob im Ahrtal nach einer Flut oder an einer Grenze, wenn Menschen auf der Flucht Asyl suchen.

Das ist ein wichtiges Stichwort in diesen Tagen: die Migration. Sie prägt auch einen Teil ihrer Arbeit, vor allem in den einzelnen Verbänden. Das bringt viele an die Grenze ihrer Belastbarkeit.

Welskop-Deffaa:

In Krisenzeiten hat die Caritas immer viel Arbeit. Die öffentliche Wahrnehmung, dass jetzt alle Belastungen durch die Migration geprägt sind, empfinden wir in unserer Arbeit nicht. Ich erinnere nur an die Corona-Folgen. Wir haben keineswegs die Situation, dass wir flächendeckend durch Zuwanderung an die Grenze unserer Arbeitsfähigkeit geraten. Ich warne davor, so zu tun, als sei im Augenblick die Bewältigung der Asylbewerberzahlen die einzige soziale Herausforderung in unserem Land.

Kann dann aber alles so weiterlaufen oder muss die Politik trotzdem handeln?

Welskop-Deffaa:

Die Politik ist sehr wohl gefordert. Und man sieht, wie in sehr dichter Taktung gesetzliche Vorschläge vorgelegt werden. Nicht alle überzeugen uns. Wir haben den Eindruck, vor lauter Druck, dem sich die Bundesregierung und auch die Länderregierungen ausgesetzt sehen durch das Erstarken der AfD, werden Phantomlösungen populär: Ideen, die nichts bringen oder sogar kontraproduktiv sind; Vorschläge, die weithin die Rechte derer eingreifen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind.

Können Sie das konkretisieren?

Welskop-Deffaa:

Die von Bund und Ländern beschlossene Kürzung der Leistungen für Geflüchtete wird nicht dazu führen, dass weniger Menschen sich auf den Weg machen, wenn sie zuhause keine Perspektive für sich sehen oder verfolgt werden. Studien zeigen deutlich, dass Leistungskürzungen nicht abschreckend wirken. Der geringe finanzielle Einspareffekt, der durch Leistungskürzungen erzielt wird, hat hingegen langfristig negative Folgen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft: mehr Armut, schlechtere Bildungschancen für die geflüchteten Kinder, soziale Ausgrenzung und mehr Armutskriminalität.

Werden Sie denn nicht in die Überlegungen der Bundesregierung eingebunden?

Welskop-Deffaa:

Wir erleben auf der Seite unserer politischen Gesprächspartner Ernsthaftigkeit, wenn wir Argumente vortragen. Gleichzeitig haben sich bestimmte erprobte Formate aufgelöst. In der letzten Bundesregierung war es ganz normal, dass sich Bundesregierung, Landesregierung und Wohlfahrtsverbände in Krisenzeiten an einen Tisch gesetzt haben. Man wusste: Man braucht uns – gerade dann. Jetzt reden Bund und Länder erst lange Zeit alleine, dann liegt nach mühsamer Verhandlung etwas auf dem Tisch und die Wohlfahrtsverbände sollen das eins zu eins umsetzen. Das finde ich nicht klug.

Kardinal Marx hat im Interview mit unserer Zeitung gesagt, dass die Kirche sich von vielen Dingen verabschieden werden muss – aus finanziellen Gründen. Betrifft das möglicherweise auch die Caritas?

Welskop-Deffaa:

Das größte Problem ist die schwindende Zustimmung der Menschen. Wenn Mitarbeitende sich fragen: Will ich eigentlich noch wahrgenommen werden als jemand, der für diese Kirche arbeitet, dann trifft uns das am Ende auch als Caritas. Eine gefährliche Schwindsucht, weil wir in unseren Arbeitsfeldern positive Energien brauchen. Ob in der Jugendsozialarbeit, in der Wohnungslosenhilfe, in der Pflege oder in der Suchtberatung – soziale Arbeit ist herausfordernd. Sie ist anstrengend und erfüllend zugleich. Eine Beheimatung in einer Gemeinschaft, die auch spirituelle Kraftquellen kennt, kann dann sehr wertvoll sein. Die Caritasarbeit macht Kirche sicht- und erlebbar. Gerade in diesen Zeiten sollten die Bischöfe in ihre Caritas investieren, statt ihr die Mittel zu kürzen.

Nun will die Bundesregierung die Freiwilligendienste finanziell beschneiden.

Welskop-Deffaa:

Die Art und Weise, wie die Bundesregierung versucht, ihre eigenen Sparziele zu erreichen, hat uns mehr als befremdet. Wir dachten eigentlich, es sei inzwischen verstanden, dass Sozialpolitik Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg schafft. Dass man jetzt so tut, als seien Investitionen ins Soziale reine Kosten, die man einfach beiseiteschieben kann, ist ein dramatischer Rückschritt. Freiwilligendienste sind sehr wichtig als Orientierungszeit für junge Menschen. Und das nicht nur, damit sie im Anschluss sagen, jetzt ergreife ich einen sozialen Beruf. Vor allen Dingen auch, damit sie eine soziale Dimension für ihr Leben und die Arbeit in ihrem späteren Beruf – egal, wo dies sein mag – erkennen. Wir brauchen Menschen, die sich freiwillig engagieren. Das ist unverzichtbar für eine Gesellschaft, die Zukunft haben will.

Die sozialen Berufe mit Nachwuchsmangel.

Welskop-Deffaa:

Ich erlebe im Augenblick in ganz vielen Berufen Personalmangel. Das fängt bei der Deutschen Bahn an, das geht beim Bauhandwerk weiter und ist bei der Pflege mit Händen zu greifen. Wir machen die Erfahrung, dass die Menschen, die sich für unsere Berufe entscheiden, hoch motiviert sind und, dass wir tatsächlich über die ganzen letzten Jahre steigende Zahlen von Auszubildenden hatten.

Aber trotzdem fehlt es an Fachkräften.

Welskop-Deeffaa:

Wir bewegen uns in den sozialen Dienstleistungen in einem Expansionspfad, weil der Bedarf an sozialen Leistungen wächst. Wir brauchen mehr Erzieherinnen, weil wir das Kita-Angebot verbessern wollen. Wir brauchen mehr Pflegekräfte, weil der demografische Wandel dazu führt, dass es mehr alte Menschen gibt. Deswegen haben wir diese besondere Herausforderung. Aber: Die oft zitierte soziale Kälte im Land spüren wir nicht. Es gibt immer noch viele Menschen, die soziale Berufe aus Überzeugung ergreifen. Und wenn es mehr werden, ist das sicherlich gut. mgbDas Gespräch führte


Marco Schneider.

Quelle:	Donaukurier - Eichstätter Kurier vom 09.11.2023, Seite 14-14
Ressort:	Bayern
Dokumentnummer:	29-110911920

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/DOKU__58cd282c96f0135061bfde93779115b470c0565c

Alle Rechte vorbehalten: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Reutlinger General-Anzeiger vom 09.11.2023, S. 5 / BADEN-WÜRTTEMBERG

Kritik - Grund sind geplante Kürzungen im Haushalt

Wohlfahrtspflege protestiert

STUTTGART. Die Liga der freien Wohlfahrtspflege im Land lässt nicht nach in ihrem Protest gegen die geplanten Kürzungen im Sozialhaushalt des Bundes. Weil die in dem Verband organisierten sozialen und öffentlichen Einrichtungen drastische Auswirkungen befürchten, planten sie, eine gemeinsame Aktion: Um 17.30 Uhr gingen unter dem Stichwort #LichtAus in den Einrichtungen die Lichter für 25 Sekunden aus, »eine Sekunde für jedes geplante Prozent Einsparung im Bundeshaushalt«, heißt es in einer Erklärung. Auch die Lichter des Riesenrads auf dem Stuttgarter Schlossplatz wurden »als Zeichen der Solidarisierung ausgeknipst«.

Folgen auch im Land zu spüren

Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 sehe »Kürzungen in Höhe von 25 Prozent für die soziale Infrastruktur vor«, schreibt der Paritätische. Die Folgen würden auch in Baden-Württemberg zu spüren sein. So müssten »4.000 Stellen für Freiwilligendienste gestrichen werden, Migrationsberatungsstellen werden schließen müssen«. Man benötige »ein klares Bekenntnis auf Bundes- und Landesebene zur Sozialwirtschaft: Denn sie hält unsere Gesellschaft zusammen und ist hochgradig innovativ«, erklärt Uta-Micaela Dürig, Vorständin Sozialpolitik des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Baden-Württemberg. Die geplanten Einsparungen gefährdeten die bestehenden Angebote, »die nach wie vor nicht ausreichend finanziert sind«, sagt Dürig.

Der Paritätische hat im Land mehr als 900 Mitgliedsorganisationen. Diese bieten nach eigenen Angaben rund 2.000 soziale Dienste und Einrichtungen an, rund 50.000 Menschen seien dort freiwillig engagiert, 80.000 sind hauptamtlich tätig. Der Kreisverband Stuttgart ist mit über 250 Organisationen und Einrichtungen der mitgliederstärkste Kreisverband in Baden-Württemberg. (GEA)

Quelle: Reutlinger General-Anzeiger vom 09.11.2023, S. 5


Ressort: BADEN-WÜRTTEMBERG

Dokumentnummer: srv101-16501750

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/GEA_944ef4f7e0bc2c41b91d1aece1ba88133b9bd9a1

Alle Rechte vorbehalten: (c) Reutlinger General-Anzeiger Verlags-GmbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

„Wer heute kürzt, zahlt morgen drauf“

Wohlfahrtsverbände sehen durch Haushaltskürzungen Sozialstaat in Gefahr
Berlin Die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege sehen durch die Kürzungspläne im Bundeshaushalt 2024 den Sozialstaat in Deutschland in Gefahr. Auf einer Kundgebung in Berlin warnten sie am Mittwoch vor massiven Einschnitten in eine Vielzahl sozialer Angebote und einer damit einhergehenden nachhaltigen Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Anlass ist die anstehende Bereinigungssitzung des Bundestags-Haushaltsausschusses, in der die Endfassung des Etatplans festgelegt wird.

Bei der Protestaktion angeprangert wurden Kürzungen bei Psychosozialen Zentren, Freiwilligendiensten, der Migrationsberatung für Zugewanderte, der Asylverfahrensberatung und bei Programmen zur Digitalisierung der Wohlfahrtspflege. „Es ist erschütternd, dass die Bundesregierung in einer Zeit wachsender sozialer Spaltung bei solchen Strukturen kürzt, die Menschen in Armut und prekären Lebenslagen helfen“, kritisierte der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes, Rolf Rosenbrock.

Diakonie-Präsident Ulrich Lilie forderte für die Freiwilligendienste mehr Unterstützung statt Einschnitte: „Wer hier heute kürzt, zahlt morgen drauf.“ Migrationsberatungsstellen ausgerechnet „in Zeiten steigender Zuwanderung zu streichen, ist schlicht unverantwortlich“, sagte DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt. „Der Entwurf bedeutet für viele unserer Einrichtungen und Angebote schmerzhaft Einschnitte, bis hin zur Schließung“, warnte AWO-Präsident Michael Groß. Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa befürchtet durch fehlende Digitalisierung eine Schwächung sozialer Angebote.


Der Haushaltsausschuss des Bundestages berät am kommenden Donnerstag abschließend über Änderungen an der Etatvorlage von Finanzminister Christian Lindner (FDP). In den vergangenen Tagen hatte es auch bei SPD und Grünen deutliche Kritik an dessen striktem Festhalten an der geltenden Schuldenbremse gegeben. Der Bundeshaushalt für das kommende Jahr soll am 1. Dezember im Bundestag beschlossen werden.afp

Quelle:	Mittelbayerische Zeitung - Bayerwald-Echo Ost vom 09.11.2023, Seite 4-04
Ressort:	Politik
Dokumentnummer:	29-110949201

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/MIB_6e2be0a75af745554578a267f0aedc31df9a6848

Alle Rechte vorbehalten: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Der Tagesspiegel vom 09.11.2023, Seite 6 / Politik

POLITIK

Protest gegen Sozialkürzungen

„Die Auswirkungen sind fatal“

Frau Hasselfeldt, in den vergangenen Krisenjahren hat der Bund gigantische Summen in die Hand genommen, um die Menschen im Land zu entlasten. Warum sind die Sozialverbände am Mittwoch trotzdem auf die Straße gegangen?

Weil wir in großer Sorge sind. Bei den sozialen Angeboten will die Bundesregierung massiv kürzen, zum Teil mehr als 25 Prozent. Das hätte dramatische Folgen für die soziale Infrastruktur, und es widerspricht zum Teil sogar expliziten Verabredungen im Koalitionsvertrag.

Die Welt ist allerdings eine ganz andere geworden, seit der Koalitionsvertrag verhandelt wurde.

Das ist richtig. Aber gerade weil die Welt eine ganz andere geworden ist, sind auch die Bereiche, bei denen jetzt gekürzt werden soll, von noch größerer Bedeutung als zuvor. Zum Beispiel die Bundesfreiwilligendienste.

Was ist da Ihre Befürchtung?

Dort soll um 25 Prozent gekürzt werden, jede vierte Stelle würde wegfallen. Dabei ist im Koalitionsvertrag verabredet, die Dienste zu stärken. Es ist besonders grotesk, hier zu streichen, wenn wir gleichzeitig über die Idee eines Pflichtdienstes diskutieren. Die Freiwilligendienste sind ein wichtiges Tor zu ehrenamtlichem Engagement im späteren Leben oder einem sozialen Beruf. Deshalb sollten die Dienste sogar noch attraktiver gemacht werden, zum Beispiel mit einem höheren Taschengeld für die Engagierten.

Um welche Themen geht es Ihnen noch?

Es gibt mehr Bereiche, die ausgebaut werden müssten, bei denen aber gekürzt wird. Zum Beispiel bei der Migrationsberatung, die auch einwandernde Arbeitskräfte in Anspruch nehmen, und bei der Asylverfahrensberatung. Und auch bei den psychosozialen Zentren, wo vor allem traumatisierten Geflüchteten geholfen wird. Dort wird sogar um 60 Prozent gekürzt. Bei der Asylverfahrensberatung gab es vergangenes Jahr zum ersten Mal ein Bundesprogramm, damals mit der politischen Zusage, dass dies in den folgenden drei Jahren ausgebaut werden soll. Stattdessen sollen nun Strukturen zerschlagen werden, die gerade erst mühsam aufgebaut wurden.

Wie lautet Ihr Alternativvorschlag, damit der Haushalt ausgeglichen werden kann?

Ich will erst einmal festzuhalten, dass es mit Blick auf den gesamten Bundeshaushalt um sehr kleine Beträge geht. Die Auswirkungen sind aber fatal. Die sozialen Dienste kann man nicht einfach abbauen und später, falls wieder Geld da ist, wieder aufbauen. Da müssen Menschen eingearbeitet werden und Empathie für ihr spezielles Aufgabengebiet mitbringen.

So einfach kann der Finanzminister es sich aber nicht machen. Was würden Sie tun, wenn Sie an seiner Stelle wären?

Es ist Aufgabe der Haushaltspolitiker, dafür zu sorgen, dass der Haushalt ausgeglichen ist. Das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Mit den geplanten Sozialkürzungen würden viele Strukturen zerstört, das darf nicht passieren. Ob dafür woanders gespart oder eine begrenzte Neuverschuldung in Kauf genommen wird, habe ich nicht zu entscheiden.

Wären Sie dafür, die Schuldenbremse aufzugeben?

Das ist eine Frage, die die Politik zu beantworten hat. Meine Aufgabe ist es, darauf hinzuweisen, wie fatal in unserem Bereich die Auswirkungen der geplanten Kürzungen wären. Da wird Hand angelegt an Grundfesten unseres Sozialstaats.

Der Bundesfreiwilligendienst beim Deutschen Roten Kreuz ist für viele ein Tor zum Ehrenamt. Künftig könnte jede vierte Stelle wegfallen.

Infobox

Zur Person

Gerda Hasselfeldt (CSU) ist frühere Bundesministerin und langjährige Abgeordnete und war Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Seit 2017 ist die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes.

Infobox

Spitzenverbände demonstrieren

Auf einer Kundgebung warnten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege am Mittwoch in Berlin, angesichts der geplanten Einschnitte im Bundeshaushalt 2024 sei der „Sozialstaat in Deutschland ernsthaft gefährdet“. Kommende Woche wird der Haushaltsausschuss abschließend beraten. (epd)


Karin Christmann

Quelle:	Der Tagesspiegel vom 09.11.2023, Seite 6
Ressort:	Politik
Rubrik:	POLITIK
Dokumentnummer:	doc7sqqr1g3t053ea49cut

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/TSP_1b6ac521c3ac7d0c6ab1aefd7edb56d47ba8dde3

Alle Rechte vorbehalten: (c) Verlag Der Tagesspiegel GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

DONAUKURIER

Donaukurier - Hilpoltsteiner Kurier vom 09.11.2023, Seite 20-20 / Lokales | Hilpoltsteiner Kurier

„Kaputtsparen“ bei Freiwilligendiensten

Caritas befürchtet deutliche Einschränkung der Angebote in sozialen Einrichtungen
Hilpoltstein „Kürzt uns nicht weg“, sagt Simon Münzer. Der 19-Jährige ist derzeit im Bundesfreiwilligendienst (BFD) im Caritas-Kinderdorf Marienstein im Einsatz. Weil die Bundesregierung die Mittel bei den Freiwilligendiensten reduzieren will, befürchten er und der Caritas-Verantwortliche Jakob Streller eine deutliche Reduzierung des Angebots.

Am Montag fand ein bundesweiter Protesttag gegen die geplanten Einsparungen statt. Die Bundesfreiwilligendienstleistenden, die in katholischen Einrichtungen im Bereich des Bistums Eichstätt eingesetzt sind, hatten deshalb schon im Vorfeld eine Postkartenaktion gestartet. Jeder BFDler konnte sich und seine Tätigkeit dabei kurz vorstellen und schildern, was er von den Kürzungsplänen hält. Die Karten gingen an den CSU-Bundestagsabgeordneten Reinhard Brandl.

Streller, der bei der Caritas die Freiwilligendienste im Bistum koordiniert, spricht von einem „Kaputtsparen“ eines gut funktionierenden Angebots. Die Bundesregierung riskiere „den Verlust eines erfolgreichen und jahrzehntelang bewährten Formats für Orientierung, Bildung und gesellschaftliches Engagement“.

Im Haushaltsentwurf im Juli war eine Streichung der Mittel in den Jugendfreiwilligendiensten, vor allem beim Freiwilligen Sozialen Jahr und im BFD vorgesehen. Im Jahr 2024 sollen danach statt bisher 329 Millionen Euro für alle Dienste nur noch 251 Millionen zur Verfügung stehen: 78 Millionen weniger als bisher, was einen Rückgang von rund 25 Prozent bedeuten würde, schreibt der Caritas-Diözesanverband in einer Mitteilung. 2025 sollen noch einmal 35 Millionen eingespart werden. Laut Streller würde jeder dritte Freiwilligenplatz wegfallen. Im Bistum Eichstätt gibt es nach seinen Worten derzeit ein Kontingent von 50 Plätzen für den BFD. „Die geplanten Kürzungen bedeuten für uns eine Verringerung von zunächst 12 und dann 17 Plätzen“, bedauert er.

Die sozialen Einrichtungen müssten ihre konkreten Angebote ohne Freiwillige „stark reduzieren“, heißt es bei der Caritas. „Das Fachkraftpersonal verliert Unterstützung bei Tätigkeiten, die keine fachliche Qualifikation, aber Zeit erfordern. Dies hätte mittelbar Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit und würde die ohnehin angespannten Arbeitsbedingungen weiter unter Druck geraten lassen“, erklärt Streller. Der soziale Bereich verliere „den Zugang zu Menschen, die er über den Freiwilligendienst für eine spätere berufliche Tätigkeit gewinnen könnte. Damit gehen Optionen verloren, dem Fach- und Arbeitskräftemangel zu begegnen, aber auch um für zukünftiges freiwilliges Engagement zu motivieren“. Streller versteht nicht, warum immer wieder über die Einführung eines sozialen Pflichtdienstes diskutiert wird, „der jährlich 14 bis 17 Milliarden Euro kosten würde, wogegen doch die derzeit 329 Millionen Euro für die bewährten Freiwilligendienste im Vergleich sehr niedrig anmuten“. Für diese fordert er eine „langfristige Verstetigung der Haushaltsmittel“.


Im Caritas-Kinderdorf leisteten die BFDler einen „ganz wichtigen Beitrag“ in den Wohngruppen und anderen Bereichen, sagt Verwaltungsleiter Florian Fischer. Ohne sie „könnten wir manche Dinge so nicht mehr aufrechterhalten“. Bedauerlich wäre es für ihn vor allem, dass in diesem Fall personelle Perspektiven im Kinderdorf verloren gingen: In den vergangenen Jahren konnten Fischer zufolge zwei Mitarbeitende fest eingestellt werden, die früher in der Einrichtung einen Bundesfreiwilligendienst leisteten und danach Soziale Arbeit studierten. Drei weitere ehemalige BFDler aus dem Kinderdorf studieren derzeit und wollen danach in der heilpädagogischen Einrichtung auf dem Blumenberg tätig [werden.HK](#)

Quelle:	Donaukurier - Hilpoltsteiner Kurier vom 09.11.2023, Seite 20-20
Ressort:	Lokales
Dokumentnummer:	29-110866440

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/DOKU_4249641e61f7a57770229556a9416d7d32aafc41

Alle Rechte vorbehalten: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Neue Wübergische Zeitung vom 09.11.2023, Seite 6 / SÜDWESTUMSCHAU

25 Sekunden Lichter aus

Sozialer Dienst Protest gegen geplante Kürzungen.

Stuttgart. Viele soziale und öffentliche Einrichtungen in Baden-Württemberg haben am Mittwoch, 8. November, um 17.30 Uhr für 25 Sekunden ihre Lichter ausgeschaltet. Jede Sekunde stehe für ein Prozent der geplanten Einsparung im Bundeshaushalt im sozialen Bereich, teilt das Diakonische Werk Württemberg mit. Mit der Aktion wollten die Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg, der Landkreistag und der Städtetag ein Zeichen setzen.

Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 sehe Kürzungen von 25 Prozent für die soziale Infrastruktur vor, die entsprechende Sitzung ist am 16. November. Die Auswirkungen werden laut Diakonie in Baden-Württemberg zu spüren sein: 4000 Stellen für Freiwilligendienste müssten gestrichen werden und Migrationsberatungsstellen schließen.epd

epd

Quelle:	Neue Wübergische Zeitung vom 09.11.2023, Seite 6
Ressort:	SÜDWESTUMSCHAU
Dokumentnummer:	IRA-124181075

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/NWZ_06a1a8834ed9b007ad0f4bdea5aed8c6742fda6b

Alle Rechte vorbehalten: © Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

DONAUKURIER

Donaukurier - Hilpoltsteiner Kurier vom 09.11.2023, Seite 1-01 / Politik | Hilpoltsteiner Kurier

Sozialem Dienst droht Kürzung

Hilpoltstein Die geplante Reduzierung der Mittel bei den Freiwilligendiensten lässt die Verantwortlichen im Bistum Eichstätt Alarm schlagen. Jakob Streller, der bei der Caritas die Freiwilligendienste im Bistum koordiniert, spricht vom „Kaputtsparen“ eines gut funktionierenden Angebots. Der Verlust eines erfolgreichen und jahrzehntelang bewährten Formats für Orientierung, Bildung und gesellschaftliches Engagement werde riskiert. Laut Diözesanverband gibt es im Bistum Eichstätt derzeit ein Kontingent von 50 Plätzen. Die geplanten Kürzungen bedeuteten „eine Verringerung von zunächst 12 und dann 17 Plätzen“.

DK

Seite 20

Quelle:	Donaukurier - Hilpoltsteiner Kurier vom 09.11.2023, Seite 1-01
Ressort:	Politik
Dokumentnummer:	29-110942574

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/DOKU_3f7e875fb122effe67cbd74dab95ac8854d69cd4

Alle Rechte vorbehalten: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Westdeutsche Zeitung Nr. 260 - Duesseldorf, 09.11.2023, S. 1

Verbände: Sozialstaat in Gefahr

berlin Die Wohlfahrtsverbände warnen vor einer Gefährdung des Sozialstaats durch die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt 2024. Bei einer von der Arbeiterwohlfahrt organisierten Kundgebung forderten sie am Mittwoch in Berlin eine Rücknahme der Pläne. Nach eigenen Angaben sehen die derzeitigen Pläne für den Haushalt eine Kürzung der Leistungen für die Wohlfahrtsverbände von 25 Prozent vor. Betroffen seien unter anderem das Bundesprogramm für Psychosoziale Zentren und die Freiwilligendienste.


Quelle: Westdeutsche Zeitung Nr. 260 - Duesseldorf, 09.11.2023, S. 1

Dokumentnummer: 262-14528460

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/WEST_b705385a352e1e3a4350be63c5b79e43115bf190

Alle Rechte vorbehalten: (c) Westdeutsche Zeitung GmbH & Co.KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Neckar-Chronik vom 09.11.2023 / Neckar-Chronik / Lokalsport

Nicht mehr wegzudenken

Sportpolitik Auch hiesige Vereine schlagen Alarm: Sollte die Bundesregierung die Mittel für Freiwilligendienste kürzen, hätte das fatale Folgen.

Sie sind das Schmiermittel im Vereins-Getriebe, halten mit ihrem Einsatz, ob im alltäglichen Übungsbetrieb oder in der Geschäftsstelle, bei so manchem Klub den Laden zusammen. Freiwilligendienste im Sport, ob als Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder im Bundesfreiwilligendienst (Bufdi) deklariert, sind beliebt wie nie: Der neue Jahrgang ist im September mit 584 jungen Erwachsenen landesweit gestartet, wohlgemerkt allein in Sportvereinen – damit wurde wieder ein Rekord für Württemberg aufgestellt.

Ein echtes Erfolgsmodell also, doch das alleine schützt in Zeiten wie diesen nicht vor dem Rotstift. Geht es nach den Plänen der Ampelkoalition in Berlin, soll ausgerechnet bei den Freiwilligen kräftig gekürzt werden (siehe Infobox). Nach Plänen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend würden im Kalenderjahr 2024 nur noch 95 Millionen Euro statt bisher 120 Millionen Euro für die Freiwilligendienste zur Verfügung stehen. Im Bufdi fallen die Kürzungen noch drastischer aus. Für 2024 stehen demnach statt bisher 207 Millionen Euro nur noch 154 Millionen Euro zur Verfügung. Somit wäre jede vierte Stelle gefährdet. Für 2025 sollen die Mittel bundesweit um weitere 36 Millionen Euro gesenkt werden. Damit droht in den nächsten beiden Jahren ein Wegfall von 36 Prozent der Gesamtförderung – jede dritte Stelle sei in Gefahr, warnten verschiedene Verbände. Die Kampagne „Freiwilligendienst stärken“ hatte am vergangenen Montag zu einem bundesweiten Aktionstag aufgerufen. Das Motto lautet dabei immer: #kürztunsnichtweg.

Wichtiger Draht in die Schulen

„Die geplanten Haushaltskürzungen sind ein fatales Zeichen für die Träger und ein Schlag ins Gesicht für alle Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen“, sagt Jürgen Scholz, der Präsident des Landessportverbandes Baden-Württemberg. „Der gesellschaftliche Mehrwert der Freiwilligendienste darf nicht ausgebremst werden. Im Gegenteil, er muss gefördert werden!“

In Horb beispielsweise setzen der ASV Bildechingen und der TC Dettingen seit fast zehn Jahren auf das FSJ-Modell „Schule und Verein“. Dabei sind die Freiwilligen zu 70 Prozent in Bildungseinrichtungen und zu 30 Prozent in Vereinen aktiv. „Bei uns sind die aus der Vereins- und Jugendarbeit gar nicht mehr wegzudenken“, sagt Tennistrainer Frercks Hartwig, zugleich FSJ-Beauftragter beim TC.

Er hatte sich zuletzt mit seinem Bildechinger Amtskollegen Timo Frank an die Öffentlichkeit gewandt, um auf die Probleme hinzuweisen. Denn: „Die FSJ-ler können Bereiche abdecken, die wir mit Ehrenamtlichen gar nicht abdecken können“, erklärt Hartwig. Beim TC gehörten dazu Bewegungsangebote im Kindertennis, im Kindergarten und in der Kooperation mit Grundschulen. Beim ASV sei es vor allem das Training mit Jugendteams. Man wisse ja nicht, an welchen Stellen genau im Zweifelsfall gekürzt werden würde, aber sollte der TC Dettingen seine FSJ-Stelle verlieren, „wäre das fatal“, sagt Hartwig. Auch, weil der Verein dadurch den guten Draht in die Schulen verlieren könnte. Und: Viele der bisherigen Freiwilligen hätten sich nach dem FSJ für eine sozialpädagogische Ausbildung oder für das Lehramt entschieden – Bereiche, in denen ja bekanntlich Fachkräfte fehlen.

Beim TV Rottenburg gibt es sogar zwei FSJ-Stellen. „Für uns sind sie Gold wert, vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit“, sagt auch Norbert Vollmer, der Geschäftsführer des TVR über die Freiwilligen. Gerade bei der Kooperation mit Schulen sei ihre Flexibilität entscheidend. Vollmer bekräftigt, was auch Hartwig nennt: „Sie können tagsüber Zeiten abdecken, wo wir mit anderen Übungsleitern keine Chance hätten.“ Und der TVR-Chef stellt klar: „Wenn die Kürzungen so kommen sollten, dann fürchten wir, dass es gerade die Vereine wie uns besonders trifft, die mehrere Stellen haben.“

Noch dürfen die Vereine jedoch hoffen: Am 16. November soll der Bundestag über den Haushaltsentwurf entscheiden.

Weshalb das Ministerium kürzen will

Auf Nachfrage der NECKAR-CHRONIK hält eine Sprecherin des von Lisa Paus (Grüne) geführten Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Freiwilligendienste für „aus Sicht der Bundesregierung überaus wertvoll“. Allerdings stehe das Ministerium in der Verantwortung, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, „der der Schuldenbremse und den besonderen Herausforderungen dieser Zeit Rechnung trägt“. Für das BMFSFJ „gelten strikte Kürzungsvorgaben“. Dass nun Mittel für die Freiwilligendienste gekürzt werden sollen, sei zum einen das Resultat der vorgegebenen Schuldenbremse, aber auch „das Ergebnis von in diesem Zusammenhang notwendigen fachlichen Einzelentscheidungen“. Rund 90 Prozent des


Haushaltes des BMFSFJ seien bereits durch gesetzliche Ausgaben gebunden, weshalb Spielräume für Kürzungen nur sehr klein seien. Daher habe man sich im Regierungsentwurf „nach sorgsamer Abwägung“ für eine Kürzung bei den Freiwilligendiensten entschieden.

Quelle:	Neckar-Chronik vom 09.11.2023
Ressort:	Neckar-Chronik / Lokalsport
Dokumentnummer:	C552588F5E1A4F66619188A06BC8499B

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/NC_8836eff135d8d4aa5e37a6d9da1ab6548e268118

Alle Rechte vorbehalten: (c) Schwaebisches Tagblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

ALB BOTE

Alb Bote vom 09.11.2023, Seite 23 / ALB^-DONAU^-RUNDSCHAU

„Ein Schlag ins Gesicht“

Engagement Pläne des Bundes, Mittel für Freiwilligendienste zu kürzen, stoßen auf Kritik der St. Elisabeth-Stiftung.

Ehingen. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht Einsparungen bei den Freiwilligendiensten vor. Die Mittel sollen in den kommenden zwei Jahren um rund ein Drittel gekürzt werden. Sozialverbände und -einrichtungen fürchten negative Folgen. Auch aus Einrichtungen wie der St. Elisabeth-Stiftung kommt deutliche Kritik. „Die geplanten Kürzungen sind für Freiwillige und Träger der Freiwilligendienste ein Schlag ins Gesicht“, wird Andrea Thiele, Vorstandssprecherin der St. Elisabeth-Stiftung, in einer Pressemitteilung zitiert.

Derzeit 50 Freiwillige im Dienst

Jahr für Jahr engagieren sich bei der St. Elisabeth-Stiftung, die 2700 Mitarbeiter hat, viele freiwillig sozial. Aktuell seien 50 Menschen im Freiwilligen Sozialen Dienst (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD) im Einsatz, teilt Christian Metz, Pressesprecher der Einrichtung, auf Anfrage mit. „In Ehingen und der näheren Umgebung sind es 19 – vor allem die Schule St. Franziskus in Ingerkingen für Kinder und Jugendliche mit geistiger oder mehrfacher Behinderung hat viele jungen Menschen im FSJ“, berichtet Metz.

Bandbreite an Aufgaben

Die Bandbreite der Aufgaben sei vielfältig: Die Freiwilligen gehen beispielsweise mit Bewohnern von Pflegeheimen spazieren, übernehmen Fahrdienste oder unterstützen Lehrer an der Schule in Ingerkingen. „Wer bei uns ein FSJ macht, der ersetzt keine Fachkräfte, übernimmt für unsere Klienten jedoch wunderbare Aufgaben“, sagt Metz. „Sie leisten für uns ganz wertvolle Dienste.“

Berührungspunkte abbauen

Viele junge Menschen hätten im FSJ erstmals Kontakt zu Menschen mit Behinderung und könnten Berührungspunkte abbauen. „Die jungen Leute probieren sich aus; schauen, ist es ein Bereich, der für mein Berufsleben passen könnte“, sagt Metz. Auch für die Bewohner sei es eine Bereicherung.

Projekt in Indonesien gestartet

Die St. Elisabeth-Stiftung hat zudem ein Projekt zur Personalgewinnung in Indonesien gestartet. „Das FSJ ist ein effektives Mittel, um junge Arbeitskräfte im Ausland zu gewinnen“, wird Andrea Thiele zitiert. Das Soziale Jahr diene dazu, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die deutsche Kultur kennenzulernen und Sprachkenntnisse zu verbessern.

Mit Blick auf die entscheidende Phase der Haushaltsverhandlungen appelliert die Vorstandssprecherin der St. Elisabeth-Stiftung an Bundestagsabgeordnete: „Machen Sie Ihren Einfluss in Ihren Fraktionen geltend, um die Einsparungen zu stoppen.“jad

Julia Deresko

Quelle: Alb Bote vom 09.11.2023, Seite 23


Ressort: ALB^-DONAU^-RUNDSCHAU

Dokumentnummer: IRA-124184687

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/ALBB_e830deb240a52caa92472893710e9f2ac7c6cd72

Alle Rechte vorbehalten: © Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Südwert Presse vom 09.11.2023, Seite 18 / ULM und NEU^ULM

Sozialverbände protestieren gegen geplante Kürzung

BundshaushaltEinrichtungen in Ulm sehen Freiwilligendienste in Gefahr und ließen symbolisch das Licht ausgehen.

Als Kahlschlag und „katastrophale Kürzungsliste“ bezeichnen Sozialverbände den Entwurf des Bundshaushalts für 2024. Denn im Finanzministerium liegt eine Vorschlagsliste vor, die eine 25-prozentige Kürzung der Gelder im sozialen Bereich vorsieht. „Sollte das so beschlossen werden, hat das auch weitreichende Konsequenzen für Ulmer Bürgerinnen und Bürger“, macht Alexandra Stork, die Leiterin der Caritas Ulm/Alb-Donau und Vorsitzende der Liga der freien Wohlfahrtsverbände in der Region deutlich.

Um „das Schlimmste zu verhindern“, hatte die Liga kurzfristig für den gestrigen Mittwoch eine konzertierte Aktion unter dem Motto „#LichtAus“ auf die Beine gestellt: Um 17.30 Uhr wurden an zahlreichen sozialen und öffentlichen Einrichtungen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis die Lichter ausgeschaltet – für exakt 25 Sekunden. „Symbolisch eine Sekunde für jedes geplante Prozent Einsparung“, erläuterte Stork. Sie selbst saß während der Aktion im Ulmer Rathaus, wo der Fachbereichs-ausschuss Bildung und Soziales tagte.

Konzertierte Aktion

Um das Ausmaß der Kürzungen deutlich zu machen, hat Alexandra Stork die Auswirkungen auf Baden-Württemberg heruntergerechnet: „4000 Stellen für Freiwilligendienste müssen gestrichen werden, Migrationsberatungsstellen werden schließen müssen.“ Schon das Bekanntwerden des Entwurfs für den Sparhaushalt im Sommer habe die freie Wohlfahrtspflege und die 44 Stadt- und Landkreise „fassunglos gemacht“, berichtete Stork. Darum habe es auch eine breite Basis für die konzertierte Aktion gegeben, „um ein sichtbares Zeichen“ zu setzen.

„Noch ist Zeit, die Kürzungen zu korrigieren. Die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses findet am 16. November statt. Anstatt zu kürzen, brauchen wir schlaue Investitionen in die soziale Infrastruktur“, fordert die Ulmer Caritas-Chefin. Es gehe nicht nur darum, Menschen professionell zur Seite zu stehen, die auf Unterstützung angewiesen sind. „Sondern auch darum, die vielfach höheren Folgekosten für die gesamte Gesellschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu vermeiden.“ Mit ihrer Aktion wollten die Sozialverbände zudem auf die in vielen Bereichen steigenden Unterstützungsbedarfe in Beratung und Betreuung aufmerksam machen. Stork: „Die vorgesehenen Kürzungen ignorieren diese Entwicklungen vollständig. Etablierte Leistungen wie die Finanzierung von Migrationsberatung oder Freiwilligendiensten sind ebenso betroffen wie neue oder reformierte Leistungen, etwa die Kindergrundsicherung oder die Asylverfahrensberatung.“

Und Oliver Riegg, der Leiter der Regionalgeschäftsstelle des Verbands der Paritätischen, teilt anlässlich von „#LichtAus“ mit: „Wir kritisieren insbesondere die geplanten Kürzungen beim Bundesfreiwilligendienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr. Viele junge Menschen lernen die sozialen Berufe durch einen Freiwilligendienst kennen und entscheiden sich daraufhin für eine Ausbildung oder ein Studium in diesem Bereich. Wenn wir diese Dienste jetzt kürzen, wird sich beim Fachkräftemangel der Einrichtungen in den Einrichtungen in den kommenden Jahren weiter verschärfen, von der Kita bis zum Pflegeheim.“
Verena Schühly



Jede vierte Stelle im Freiwilligendienst soll gestrichen werden. Foto: Dennis Möbus, Volunta

Verena Schühly

Bildunterschrift: Jede vierte Stelle im Freiwilligendienst soll gestrichen werden. Foto: Dennis Möbus, Volunta

Quelle: Südwest Presse vom 09.11.2023, Seite 18


Ressort: ULM und NEU^-ULM

Dokumentnummer: IRA-124135369

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/SWP_83e0fda21991073064371f1856c00e9cd9fc5424

Alle Rechte vorbehalten: © Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

DONAUKURIER

Donaukurier - Eichstätter Kurier vom 06.11.2023, Seite 17-17 / Lokales | Eichstätter Kurier

Caritas warnt vor Einsparungen bei Freiwilligendiensten

Bundesweiter Protesttag am Montag: Deutliche Einschränkung der Angebote in sozialen Einrichtungen befürchtet Eichstatt „Kürzt uns nicht weg“, sagt Simon Münzer. Der 19-Jährige ist derzeit im Bundesfreiwilligendienst (BFD) im Caritas-Kinderdorf Marienstein im Einsatz. Weil die Bundesregierung die Mittel bei den Freiwilligendiensten reduzieren will, befürchten er und der Caritas-Verantwortliche Jakob Streller eine deutliche Reduzierung des Angebots.

An diesem Montag findet ein bundesweiter Protesttag gegen die geplanten Einsparungen statt. Die Bundesfreiwilligendienstleistenden, die in katholischen Einrichtungen im Bereich des Bistums Eichstatt eingesetzt sind, hatten deshalb schon im Vorfeld eine Postkartenaktion gestartet. Jeder BFDler konnte sich und seine Tätigkeit dabei kurz vorstellen und schildern, was er von den Kürzungsplänen hält. Die Karten gingen an das Büro des CSU-Bundestagsabgeordneten Reinhard Brandl.

Streller, der bei der Caritas die Freiwilligendienste im Bistum koordiniert, spricht von einem „Kaputtsparen“ eines gut funktionierenden Angebots. Die Bundesregierung riskiere „den Verlust eines erfolgreichen und jahrzehntelang bewährten Formats für Orientierung, Bildung und gesellschaftliches Engagement“. Im Haushaltsentwurf im Juli war eine Streichung der Mittel in den Jugendfreiwilligendiensten, vor allem beim Freiwilligen Sozialen Jahr und im BFD vorgesehen. Im Jahr 2024 sollen danach statt bisher 329 Millionen Euro für alle Dienste nur noch 251 Millionen zur Verfügung stehen: 78 Millionen weniger als bisher, was einen Rückgang von rund 25 Prozent bedeuten würde, schreibt der Caritas-Diözesanverband in einer Mitteilung. 2025 sollen noch einmal 35 Millionen eingespart werden. Laut Streller würde somit jeder dritte Freiwilligenplatz wegfallen. Im Bistum Eichstatt gibt es nach seinen Worten derzeit ein Kontingent von 50 Plätzen für den BFD. „Die geplanten Kürzungen bedeuten für uns eine Verringerung von zunächst zwölf und dann 17 Plätzen“, bedauert er.

Die sozialen Einrichtungen müssten ihre konkreten Angebote ohne Freiwillige „stark reduzieren“, heißt es bei der Caritas. „Das Fachkraftpersonal verliert Unterstützung bei Tätigkeiten, die keine fachliche Qualifikation, aber Zeit erfordern. Dies hätte mittelbar Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit und würde die ohnehin angespannten Arbeitsbedingungen weiter unter Druck geraten lassen“, erklärt Streller. Der soziale Bereich verliere „den Zugang zu Menschen, die er über den Freiwilligendienst für eine spätere berufliche Tätigkeit gewinnen könnte. Damit gehen Optionen verloren, dem Fach- und Arbeitskräftemangel zu begegnen, aber auch um für zukünftiges freiwilliges Engagement zu motivieren“. Streller versteht nicht, warum immer wieder über die Einführung eines sozialen Pflichtdienstes diskutiert wird, „der jährlich 14 bis 17 Milliarden Euro kosten würde, wogegen doch die derzeit 329 Millionen Euro für die bewährten Freiwilligendienste im Vergleich sehr niedrig anmuten“. Für diese fordert er eine „langfristige Verstetigung der Haushaltsmittel“.


Im Caritas-Kinderdorf leisteten die BFDler einen „ganz wichtigen Beitrag“ in den Wohngruppen und anderen Bereichen, sagt Verwaltungsleiter Florian Fischer. Ohne sie „könnten wir manche Dinge so nicht mehr aufrechterhalten“. Bedauerlich wäre es für ihn vor allem, dass in diesem Fall personelle Perspektiven im Kinderdorf verloren gingen: In den vergangenen Jahren konnten Fischer zufolge zwei Mitarbeitende fest eingestellt werden, die früher in der Einrichtung einen Bundesfreiwilligendienst leisteten und danach Soziale Arbeit studierten. Drei weitere ehemalige BFDler aus dem Kinderdorf studieren derzeit und wollen danach in der heilpädagogischen Einrichtung auf dem Blumenberg tätig werden.EK

Quelle:	Donaukurier - Eichstätter Kurier vom 06.11.2023, Seite 17-17
Ressort:	Lokales
Dokumentnummer:	29-110839532

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/DOKU_0b9f87f5a46fd9bd53f4bf91f9d47c68b92c0b40

Alle Rechte vorbehalten: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard vom 06.11.2023, Seite 4 / Forum

Bei Freiwilligendiensten darf nicht gekürzt werden

Zum Beitrag "Dresde gegen Kürzungspläne bei Freiwilligendiensten" am 29. Oktober und zu weiteren Texten zu dem Thema schreibt Felix S. Radant:

Viele Jugendliche absolvieren nach der Schulzeit einen Freiwilligendienst in Form eines Freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres oder eines Bundesfreiwilligendienst. Es ist eine hervorragende Möglichkeit, sich selbst kennenzulernen und für die Gesellschaft einzusetzen. Insbesondere in den Einsatzstellen der sozialen Berufe ist die Arbeit der Freiwilligen in Zeiten eines Fachkräftemangels unverzichtbar.

Doch statt diese Chance für Gesellschaft und Freiwillige ernst zu nehmen und finanziell noch stärker zu unterstützen, sieht der Haushaltsplan des Bundeskabinetts eine erhebliche Streichung von vielen Geldern für Freiwilligendienste vor. Die Bundesregierung hatte im Juli einen Haushaltsentwurf für 2024 vorgelegt, der bei den Freiwilligendiensten Einsparungen im Umfang von 78 Millionen Euro vorsieht.


Dies entspricht einer prozentualen Kürzung der Mittel von rund 24 Prozent. Seit Vorlage des Haushaltsentwurfs haben Verbände, Träger und Freiwillige auf die drastischen Folgen der Kürzungen aufmerksam gemacht. Von den Kürzungen ist ungefähr ein Drittel aller Einsatzstellen in den Freiwilligendiensten ab 2025 betroffen.

Quelle:	Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard vom 06.11.2023, Seite 4
Ressort:	Forum
Ausgabe:	Nordkurier - Vorpommernkurier; Nordkurier - Vorpommernkurier Demmin Jarmen; Nordkurier - Demminer Zeitung; Haff-Zeitung; Nordkurier - Mecklenburger Schweiz Malchin; Nordkurier - Mecklenburger Schweiz Teterow; Nordkurier - Müritz-Zeitung; Nordkurier - Treptower Tageblatt; Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard; Uckermark Kurier - Prenzlauer Zeitung; Nordkurier - Strelitzer Zeitung; Uckermark Kurier - Templiner Zeitung
Dokumentnummer:	doc7so58duhvq0wv6tg1e3i

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/NKU_8330484dd7cbf326b3a4cec833cf230cd013da91

Alle Rechte vorbehalten: (c) Nordkurier Mediengruppe GmbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Sächsische Zeitung

Sächsische Zeitung - Dresden vom 06.11.2023, Seite 8-8 / Lokales

Es drohen dramatische Kürzungen bei Freiwilligendiensten

Klinik, Kita, Pflegeheim: Menschen, die ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ) oder den Bundesfreiwilligendienst leisten, werden dringend gebraucht.

„Ich möchte mich gern ausprobieren und schauen, ob mir die Arbeit mit Kindern liegt.“ Fabienne Schwindl absolviert gerade ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in einer Kita des Trägers Arbeiter-Samariter-Bund (ASB). „Ich helfe mit bei der täglichen Arbeit und spiele viel mit den Kindern, das erfüllt mich und bereitet mir großen Spaß. Die Kinder lieben es, dass ich so viel Zeit für sie habe“, sagt die 19-Jährige. Nach dem Abitur in diesem Jahr wollte sie erst mal herausfinden, auf welchen Berufszweig sie Lust hat. Das Angebot des Freiwilligen Sozialen Jahres oder eines Bundesfreiwilligendienstes nehmen viele Dresdnerinnen und Dresdner in Anspruch. Doch es drohen dramatische Kürzungen des Bundeshaushaltes dafür und damit auch in Dresden. Am 6. November rufen die freien Träger zu einem Aktionstag auf.

Der Haushaltsentwurf für 2024 sieht erhebliche Kürzungen in der Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) vor. 113 Millionen Euro sollen in den kommenden zwei Jahren gestrichen werden, das sind etwa ein Drittel der Mittel. Es könnten also weniger FSJ- und BFD-Stellen finanziert werden. Was das für Dresden konkret in Zahlen bedeuten würde, ist noch offen. Fakt ist, Kürzungen würde es auch hier in großer Form geben müssen. „Das ist eine dramatische Ankündigung, die man nicht hinnehmen kann“, sagt Sachsens ASB-Landesgeschäftsführer Stefan Mette. Die FSJler leisten in den Dresdner Kitas, Altenheimen, Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen wertvolle Arbeit und geben den Menschen Zeit und Aufmerksamkeit. Alles das würde zum Teil wegfallen oder zumindest deutlich eingeschränkt werden. In Dresden hat der ASB 16 Einsatzstellen, acht junge Menschen absolvieren aktuell ihr FSJ. In Sachsen sind es derzeit 58 beim ASB. Zwölf Monate dauert ein FSJ, es gibt 330 Euro Taschengeld und viele neue Erfahrungen. „Nach dem Schulabschluss können die jungen Menschen bei uns anfangen“, sagt ASB-Referentin Laura Köhler.

„Für die jungen Menschen würde das bedeuten, eine Chance weniger zu haben, sich auszuprobieren, sich einzubringen und Gesellschaft mitzugestalten“, sagt Anke Marx, Sachgebietsleitung Freiwilligendienste beim ASB. Eine Chance weniger, den Arbeitsalltag kennenzulernen, die richtige Entscheidung bei der Berufswahl zu treffen und sich vielleicht doch für einen sozialen Beruf zu entscheiden. Eine Chance weniger, ehrenamtliches Engagement kennenzulernen und über die Schule hinaus weitere Bildung zu erfahren. Denn die Träger, wie der Arbeiter-Samariter-Bund, bieten für die Freiwilligen auch Seminare an. Auch andere freie Träger bieten ein Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst an und sorgen sich um die Kürzungen. „Die Jugendlichen und im BFD auch Lebensälteren engagieren sich in der Regel für ein Jahr lang hoch motiviert dort, wo es besonders wichtig ist: In Krankenhäusern, Kitas, Schulen, Horteinrichtungen, Sportvereinen, Jugendklubs, Seniorenheimen, in der Behindertenhilfe, in der Hilfe für Geflüchtete, in Kultureinrichtungen oder in Kirchengemeinden“, sagt auch der Paritätische in Sachsen. Das Jahr sei eine unbezahlbar wertvolle und prägende Zeit der Persönlichkeitsentwicklung und Verselbstständigung.

„Ehrenamtliches Engagement gehört zur Identität Sachsens. Frauen und Männer, die sich für einen Freiwilligendienst entscheiden, gestalten unser Land auf eine bewundernswerte Art und Weise mit“, betont auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU).

Julia Vollmer

Quelle:	Sächsische Zeitung - Dresden vom 06.11.2023, Seite 8-8
Ressort:	Lokales
Ausgabe:	Dresden
Dokumentnummer:	42073737231106

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/SZO_6326a9cc16b0c2d4239074cb4c3bbb029dea7b6f

Alle Rechte vorbehalten: Alle Rechte vorbehalten. © DDV Mediengruppe GmbH & Co. KG, Dresden

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

„Für mich ist es bestimmt kein verlorenes Jahr“

Jonas Kronbichler macht sein freiwilliges soziales Jahr in einer Wohngruppe des Seniorenwohnheims der Lebenshilfe in Traunreut

Traunreut/Traunstein „Egal was ich nachher mache, für mich ist es bestimmt kein verlorenes Jahr“, sagt der 20-jährige Jonas Kronbichler mit seinen bisherigen Erfahrungen im freiwilligen sozialen Jahr. Seit September engagiert er sich mit seiner erfrischenden Art in einer Wohngruppe des Seniorenwohnheims der Lebenshilfe Traunstein in Traunreut. Anders als den ansonsten üblichen Weg nach der Schule hat der 20-Jährige, nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung zum Industriekaufmann und einer Phase der Berufstätigkeit, bewusst den Weg eines Freiwilligendienstes gewählt. „Ich habe gemerkt, dass mir in meinem Job, der mir schon auch gefallen hat, einfach der direkte und dauerhafte Kontakt mit Menschen fehlt“, erklärt er seine Entscheidung.

Erfahrungen des Cousins bewegen zum Umdenken Sein Umdenken begann unter anderem auch nach einem Gespräch mit seinem Cousin, der die Ausbildung zum Heilerziehungspfleger absolviert hat und von seinen Erfahrungen berichtete. Die Erinnerung an ein Schulpraktikum bei der Lebenshilfe Traunstein vor einigen Jahren verstärkte seinen Entschluss, tiefer in den sozialen Bereich einzutauchen. Kronbichler, der auch als Mittelstürmer beim Bayernligisten SV Kirchanschöring aktiv ist, betont, dass Teamgeist für ihn kein Fremdwort ist. Diesen erfährt er nun, wenn auch in anderer Ausprägung als im sportlichen Bereich, bei seinen Kolleginnen und Kollegen in der Wohngruppe.

In den ersten zwei Monaten seines Engagements hat sich Kronbichler bereits gut eingearbeitet. „Einige Dinge, zum Beispiel im hauswirtschaftlichen Bereich, waren mir von zu Hause her schon bekannt.“ Ein erstes von insgesamt vier Seminaren beim Lebenshilfe-Landesverband in Erlangen, der die Freiwilligendienste fachlich und organisatorisch koordiniert, ermöglichte ihm unter anderem wichtige Selbsterfahrungen zum Thema „Leben mit einer Beeinträchtigung“. „Es war beeindruckend zu spüren, wie es ist, im Rollstuhl zu sitzen und sich in einer Stadt zu bewegen. Das trägt schon immens zum Verständnis für die Situation von Menschen mit Behinderungen bei“, schildert er.

Feste Struktur trifft auf unerwartete Situationen Nicht nur zu den Kolleginnen und Kollegen, sondern auch zu den Bewohnerinnen und Bewohnern konnte Kronbichler bereits einen guten Kontakt herstellen. Die Mischung aus einem strukturierten Tagesablauf und immer wieder neuen, unvorhersehbaren Situationen gefällt ihm besonders. Und dies alles natürlich stets im Kontakt mit anderen Menschen.

Kronbichlers Freundin, Familie und Freundeskreis haben seine Entscheidung für das freiwillige soziale Jahr vorbehaltlos mitgetragen und unterstützt, was ihn natürlich freut und bestärkt hat. Was nach dem Freiwilligendienst kommt oder ob er in diesem Bereich sogar eine Ausbildung beginnen wird, weiß er noch nicht. Er nimmt sich die Zeit, darüber nachzudenken, und lässt die Zukunft auf sich zukommen – weiterhin mit viel Engagement.

Die Lebenshilfe Traunstein bietet in ihren acht Standorten im Landkreis Traunstein Plätze für ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) an. In einem FSJ oder dem BFD besteht nicht nur die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu sammeln, es kann auch zur Entscheidung für eine spätere Berufswahl beitragen. Ideal sind beide Dienste auch zur Überbrückung zwischen Schule und Studium. Freiwilligendienste können zudem für soziale, pädagogische und pfliegerische Berufe als Vorpraktikum anerkannt werden.


Am Mittwoch, 29. November von 17.30 bis 19.30 Uhr besteht die Möglichkeit, sich im Mehrzweckraum von Wohnheim und Förderstätte in Altenmarkt, Berndlring 10, unverbindlich zum Thema Freiwilligendienste zu informieren. Auch Eltern sind dazu willkommen.red

Quelle:	Passauer Neue Presse - Traunreuter Anzeiger vom 04.11.2023, Seite 31-31
Ressort:	ta
Rubrik:	Traunreuter Anzeiger
Ausgabe:	Traunreuter Anzeiger
Dokumentnummer:	29-110793327

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/PNP_223165fff11a9a4819eee4a7d330316c81fd23bc

Alle Rechte vorbehalten: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH



Neckar-Chronik vom 04.11.2023 / Neckar-Chronik / Kollektive Standard

Freiwilliges Engagement lohnt in jedem Alter

Die Motivation zählt: Erfahrungen sammeln, eigene einbringen und helfen – ein freiwilliges soziales Jahr bringt einen weiter.

Viele junge Menschen wollen nach der Schulzeit ein freiwilliges Engagement einschieben und erst danach mit dem Studium oder ihrer Ausbildung beginnen. Aber auch als „Einschub“ im beruflichen Leben, als Alternative in Zeiten der Arbeitslosigkeit, als Einsatz im Vorruhestand oder Ruhestand sind Freiwilligendienste interessant.

Freiwilligendienste stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft und zwischen den Generationen. Sie stehen für eine neue Kultur der Freiwilligkeit, denn sie sind eine besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements. Freiwilligendienste sind verbindlich, zeitlich befristet und zum Teil gesetzlich geregelt.

Die bekanntesten Angebote sind der Bundesfreiwilligendienst (BFD), das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). Daneben gibt es noch weitere Angebote wie etwa den Internationalen Jugendfreiwilligendienst, das Europäische Solidaritätskorps oder „weltwärts“.

Bundesfreiwilligendienst (BFD)

Am 1. Juli 2011 trat der Bundesfreiwilligendienst (BFD) an die Stelle des früheren Zivildienstes. Der Dienst ist ein Angebot, sich außerhalb von Beruf und Schule freiwillig für das Allgemeinwohl zu engagieren. Er steht allen offen, nachdem die Vollzeitschulpflicht erfüllt wurde. Ansonsten spielen Alter, Geschlecht, Nationalität oder die Art des Schulabschlusses in der Regel keine Rolle. Der Bundesfreiwilligendienst kann im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich, aber auch in anderen Bereichen wie Sport und Integration sowie im Zivil- und Katastrophenschutz geleistet werden.

Dauer und Einsatzstellen

In der Regel dauert der Bundesfreiwilligendienst ein Jahr, mindestens jedoch sechs und höchstens 18 Monate. Es handelt sich grundsätzlich um Vollzeitarbeit, jedoch können Freiwillige über 27 Jahre auch in Teilzeit von mehr als 20 Stunden in der Woche teilnehmen.

Grundsätzlich werden Einsatzstellen von gemeinwohlorientierten Einrichtungen wie den Mitgliedseinrichtungen der Wohlfahrtsverbände, Pflegeeinrichtungen, Kinderheimen, Mehrgenerationenhäusern oder Kultureinrichtungen angeboten.

Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ist ein Freiwilligendienst für junge Menschen. Freiwilligendienstleistende engagieren sich in einer gemeinwohlorientierten Einrichtung und sammeln dort wertvolle Lebenserfahrung. Sie erhalten Einblick in verschiedene Berufsfelder, lernen eigenverantwortlich zu arbeiten und entwickeln ihre persönlichen und sozialen Kompetenzen weiter. Die jungen Freiwilligen werden durch Begleitpersonen in der Einsatzstelle und beim zuständigen Träger individuell betreut.

Das FSJ kann in vielen Bereichen abgeleistet werden. Die Teilnehmenden engagieren sich beispielsweise

in Krankenhäusern und in der Altenpflege,

in Behinderteneinrichtungen und in Einrichtungen der Jugendhilfe sowie

im Sport und im kulturellen Bereich.

Voraussetzungen und Leistungen

Voraussetzungen für eine Bewerbung im FSJ sind die Erfüllung der Vollzeitschulpflicht und ein Alter zwischen 16 und 26 Jahren. Der Dienst wird ganztägig von sechs bis maximal 18 Monaten geleistet.

Die FSJ-Teilnehmenden erhalten ein monatliches Taschengeld und teilweise Zuschüsse zu Unterkunft und Verpflegung. Sie sind in der gesetzlichen Sozialversicherung (Krankheit und Arbeitslosigkeit) versichert und haben Anspruch auf Urlaubs- und Bildungstage. Das FSJ wird auch als Vorpraktikum und/oder Wartezeit für ein Studium anerkannt.

Die Kosten für das Taschengeld, die Unterkunft und Verpflegung trägt die Einsatzstelle. Das Land Baden-Württemberg

unterstützt die Träger des FSJ finanziell, insbesondere die Kosten für die Durchführung von Seminaren werden durch Landesmittel gefördert. Auf der Website des Arbeitskreises FSJ in Baden-Württemberg sind weitere Informationen zu Bewerbung, Trägern, Einsatzbereichen und Einsatzstellen verfügbar.

Internationaler Jugendfreiwilligendienst (IJFD)

Der Internationale Jugendfreiwilligendienst (IJFD) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist neben anderen Programmen eine zusätzliche Möglichkeit des freiwilligen Engagements junger Männer und Frauen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Als Lern- und Bildungsdienst im Ausland vermittelt der IJFD auch soziale, ökologische und internationale Erfahrungen.

Eine Ausreise der Freiwilligen im Rahmen des IJFD ist nur über einen der circa 130 anerkannten Träger möglich.

Programm „weltwärts“


Das Programm „weltwärts“ wurde 2008 durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ins Leben gerufen. Freiwillige engagieren sich dabei in einem Entwicklungsprojekt. Durch die Förderung des BMZ haben alle interessierten jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren die Chance, einen Freiwilligendienst in einem sogenannten Entwicklungs- oder Schwellenland zu leisten. Jährlich engagieren sich rund 3500 junge Menschen bei „weltwärts“. Sie engagieren sich zwischen sechs und 24 Monaten bei einer lokalen Partnerorganisation für Bildung, Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft, Kultur oder Menschenrechte.

Quelle:	Neckar-Chronik vom 04.11.2023
Ressort:	Neckar-Chronik / Kollektive Standard
Dokumentnummer:	7BCFB645942307BD13BE24327CDFB391

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/NC_0edd7cb8b0e5d157c4795c084f8ed469ece0db04

Alle Rechte vorbehalten: (c) Schwaebisches Tagblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Soziale Träger setzen auf Abgeordnete

Vorstandssprecherin der St.-Elisabeth-Stiftung kritisiert geplante Kürzungen scharf

Kreis Ravensburg/Bad Waldsee (vin/sz) - Die Bundesmittel für die Freiwilligendienste dazu gehören neben dem FSJ auch das Freiwillige Ökologische Jahr und der Bundesfreiwilligendienst sollen teilweise drastisch gekürzt werden. "Die geplanten Kürzungen sind für Freiwillige und Träger der Freiwilligendienste ein Schlag ins Gesicht", kritisiert Andrea Thiele, Vorstandssprecherin der Bad Waldseer St.-Elisabeth-Stiftung. Anders als beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) sind die geplanten Einsparungen beim Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) im Bundeshaushalt jedoch wohl nur gering. Träger von sozialen Einrichtungen, Schulen und Kitas fühlen sich dadurch benachteiligt. Thiele appelliert an die Bundestagsabgeordneten aller demokratischen Parteien aus der Region, die Pläne im November noch zu stoppen.

"Sie alle wissen um die immense Bedeutung der Arbeit der Freiwilligen nicht nur in der St.-Elisabeth-Stiftung. Sie haben mir zum Teil persönlich versprochen, ihren Einfluss in den Fraktionen geltend zu machen, um diese willkürlichen und systemrelevanten Einsparungen zumindest abzumildern", heißt es in einem Schreiben der Stiftung, die mehrere Behinderteneinrichtungen und Pflegeheime in der Region Bodensee-Oberschwaben betreibt.

Es gehe für die St. Elisabeth-Stiftung nicht darum, dass ein Freiwilliger während seines Gesellschaftsjahres eine Fachkraft ersetzen könne. "Trotz eines spürbaren Fachkräftemangels geht es vielmehr für die jungen Menschen darum, zu unterstützen, zu lernen und darüber hinaus die Chance zu bekommen, eine wichtige Rolle zu übernehmen, um das Sozialgefüge der Gesellschaft wieder stückweise zu kitten", so Thiele. Hintergrund ist, dass viele FSJler nach dem Freiwilligendienst eine Ausbildung in dem entsprechenden Beruf beginnen, das FSJ also eine Art Schnuppereinstieg beispielsweise in die Pflege ist. "Der FSJler von heute ist der potenzielle Auszubildende von morgen. Und selbst wenn der junge Mensch sich nicht für eine Ausbildung im Sozialsektor entscheidet, dann nimmt er ein Maß an sozialer und gesellschaftlicher Kompetenz mit, das er so sonst nicht hätte erwerben können. Davon profitiert am Ende die gesamte Gesellschaft", meint Andrea Thiele.

Wie diese Stellen zukünftig finanziert werden könnten, wenn die geplanten Einsparungen auf Bundesebene wirklich umgesetzt werden sollten, wisse aktuell noch niemand. Wie berichtet, sollen 2024 im Bundeshaushalt 78 Millionen Euro und 2025 weitere 35 Millionen Euro eingespart werden. Jedoch nicht oder kaum beim FÖJ, sondern überwiegend beim FSJ und dem Bundesfreiwilligendienst. Derzeit stehen 326 Millionen Euro dafür bereit.

Mut habe Andrea Thiele bisher die Aussage von zwei Bundestagsabgeordneten der SPD gemacht, sagt sie. Sowohl Heike Engelhardt (Ravensburg) als auch die Bevollmächtigte der Bundesregierung für Pflege, Claudia Moll, hatten ihr versichert, dass sie in den noch ausstehenden Lesungen des Bundeshaushalts und den Ausschusssitzungen alles dafür tun würden, um die Einsparungen zumindest abzumildern. Eine ähnliche Zusage hatte bereits die Grünen-Politikerin Agnieszka Brugger (Ravensburg) im Rahmen ihres Besuchs in der Stiftungszentrale der St.-Elisabeth-Stiftung im Juli getroffen.

"Ob diese Aussagen angesichts der unnachgiebigen Haltung vor allem des Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP) noch Wert haben, wird sich spätestens in der dreitägigen Beratung im Plenum Anfang November zeigen", so Thiele. "Die Zusicherung, die Finanzierung des FÖJ nicht nachhaltig zu beschneiden, darf als politisches Zuckerle in Richtung der grünen Familienministerin Lisa Paus gesehen werden", meint sie weiter.

Quelle:	Schwäbische Zeitung Bad Waldsee vom 04.11.2023 Seite 14
Ressort:	es
Ausgabe:	Bad Waldsee
Dokumentnummer:	20231104004418343_21939752219667680-BAD WALDSEE

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/SWAZ_8ff0d0211a17addfb2d29658f6c75e5dbd1e2c81

Alle Rechte vorbehalten: (c) Schwäbische Zeitung Online Gesellschaft f. Multimedia mbH & Co. KG



Welt online vom 03.11.2023

DLRG lehnt Kürzungspläne bei Freiwilligendiensten ab

Die geplanten Kürzungen bei den Freiwilligendiensten sorgen für Ärger - die Lebensretter der DLRG fordern, auf die Einsparungen zu verzichten. DLRG-Präsidentin Vogt hat eine klare Meinung zu den Plänen.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) hat sich gegen die geplante Kürzung der Bundesmittel für Freiwilligendienste ausgesprochen. Dem Haushaltsentwurf zufolge stünden 2024 noch 251 Millionen Euro für das freiwillige soziale Jahr, den Bundesfreiwilligendienst und andere Dienste zur Verfügung, sagte DLRG-Präsidentin Ute Vogt am Donnerstag. Im laufenden Jahr seien es dagegen 329 Millionen Euro. "Die Regierung hatte sich vorgenommen, die Freiwilligendienste durch bessere Rahmenbedingungen zu stärken und nachfrageorientiert auszubauen", sagte Vogt. "Jetzt tut sie das Gegenteil davon."

Das Bundeskabinett hatte zuvor eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, wonach mehr Geld bekommen kann, wer ein freiwilliges soziales Jahr oder einen anderen Freiwilligendienst absolviert. Demnach soll die Obergrenze für das sogenannte Taschengeld von derzeit 438 auf 584 Euro pro Monat angehoben werden. Allerdings ist für Freiwilligendienste im Entwurf des Bundeshaushalts für 2024 wegen des Sparkurses der Ampel weniger Geld vorgesehen. Nach Angaben der Bundesregierung engagierten sich Ende 2022 etwa 86.000 Menschen im Bundesfreiwilligendienst ("Bufdi") oder in einem freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr.

Die DLRG-Präsidentin mahnte, die geplanten Einsparungen produzierten nur Verlierer: "Weniger junge Menschen erhielten die Möglichkeit zu dieser wertvollen Zeit des Lernens, der Orientierung und des Engagements. Und wer freiwillig einen Dienst verrichtet, dem wird die versprochene größere Anerkennung verwehrt." Auch dürften aus ihrer Sicht etwa die Qualität des Angebots in sozialen Einrichtungen sowie die Arbeit ehrenamtlicher Organisationen wie der DLRG leiden. "Das trifft letztlich die Gesellschaft im Ganzen", betonte sie.

Die DLRG bietet den Angaben zufolge derzeit 150 Plätze für Freiwillige. Die finanziellen Kürzungen dürften demnach deutlich spürbar sein - 45 Freiwillige weniger könnten jährlich eingesetzt werden. Das bedeute, dass rund 200 Kinder weniger Schwimmen lernten und mehr als 600 Wachtage an den Stränden von Nord- und Ostsee entfielen.


Quelle: Welt online vom 03.11.2023

Dokumentnummer: 212290374

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/WFON__39e97167fe3bef9e8fbfd45a3504fe5fc21f5553

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Träger warnen vor Wegfall von Freiwilligenstellen

Regierung plant massive Einsparungen für 2024 25 000 Plätze in Deutschland potenziell gefährdet

VON MATTHIAS PANKAU, EPD

Stuttgart/Karlsruhe - Die Zeichen stehen auf Sparen beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem Freiwilligen Ökologischen Jahr, den Bundesfreiwilligendiensten sowie dem Internationalen Freiwilligendienst. In diesem Jahr liegen die Bundesmittel für die Dienste noch bei 326 Millionen Euro. 2024 sollen es 78 Millionen Euro weniger sein. Fast ein Viertel der Förderung würde ausbleiben.

Allein in Baden-Württemberg engagieren sich jährlich rund 18 000 Freiwillige. Sollten die Kürzungen wie angekündigt umgesetzt werden, würde das im Südwesten den Verlust von 4500 Plätzen bedeuten. Der Landesarbeitskreis FSJ Baden-Württemberg - ein Zusammenschluss der 38 baden-württembergischen FSJ-Träger - spricht sich vehement gegen die Streichungen im Freiwilligendienst aus. Dessen Vorsitzender Dietrich Hartlieb erklärt: "Freiwilligendienste sind bereits unterfinanziert, und nicht jeder Platz wird angemessen gefördert. Die Sparmaßnahmen gefährden unsere Bemühungen, den Freiwilligendienst auszubauen und attraktiver zu gestalten."

Hartlieb ist auch Abteilungsleiter Freiwilligendienste bei der Diakonie Baden. Die vermittelt jährlich rund 900 Freiwillige in ihre Einsatzstellen und Einrichtungen. Sollte es zu den geplanten Kürzungen der Bundesregierung kommen, gehe er davon aus, dass die Diakonie die Zahl auf etwa 600 im Jahr 2024/2025 reduzieren müsste, sagt Hartlieb. Das stünde im Widerspruch zur Aussage der Politik, dass sich junge Menschen mehr sozial engagieren sollen, findet er.

Stärkerer Fachkräftemangel

Eine Kürzung der Freiwilligendienste würde zudem zu einer weiteren Verschärfung des Fachkräftemangels im sozialen Bereich, insbesondere in der Pflege und in Kitas, beitragen. "Die Folgen sind bereits jetzt in unseren Einsatzstellen spürbar", sagt Hartlieb. Die helfenden Hände der Freiwilligen fehlten zum Beispiel in den Kitas beim Spielen, in den Seniorenheimen beim Vorlesen, in den Krankenhäusern bei der Essensausgabe und in den Behindertenheimen beim Ankleiden.

Als "katastrophales Zeichen" beurteilt man die Kürzungspläne beim katholischen Caritasverband für Stuttgart. Irgendwann würden soziale Einrichtungen eher auf geringfügig Beschäftigte zurückgreifen als auf Freiwillige, so die Leiterin des Freiwilligenzentrums Kaleidoskop, Ulrike Holch. Denn die seien verfügbar - und zudem preiswerter.

Beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg - einem der sechs großen Wohlfahrtsverbände im Südwesten - würden von den derzeit rund 2800 Plätzen in den Freiwilligendiensten etwa 700 entfallen, sollten die Pläne der Bundesregierung umgesetzt werden. Unmittelbar zu spüren bekämen das die Klienten der Einrichtungen, sagt Uta-Micaela Dürig, Vorstand Sozialpolitik des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Das ohnehin schon belastete Fachpersonal in den Einrichtungen müsste mit weniger Unterstützung bei Tätigkeiten auskommen, die keine fachliche Qualifikation, aber Zeit erfordern - wie spielen oder spazierengehen.

Weitaus größer und nachhaltiger seien die Auswirkungen der Kürzungspläne auf die gesamte Gesellschaft. "Wir befürchten, dass dadurch weniger junge Menschen einen sozialen Beruf ergreifen, was den Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft massiv verstärken würde", sagt Dürig. 70 Prozent der Freiwilligen könnten sich nach einem freiwilligen Jahr vorstellen, in der Sozialen Arbeit oder im Gesundheitswesen zu arbeiten.

Auch Natur- und Tierschutzverbände warnen vor den geplanten Streichungen. Der Landestierschutzverband Baden-Württemberg würde Kürzungen eigenen Angaben zufolge vor allem im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres zu spüren bekommen. Davon profitierten derzeit hauptsächlich einige der ihm angegliederten Tierheime. "Da dort grundsätzlich jede helfende Hand dringend benötigt wird, wäre eine Stellenstreichung ein erheblicher Verlust", hieß es auf Anfrage.

Der Naturschutzbund (Nabu) Baden-Württemberg beschäftigt gegenwärtig knapp 20 Freiwillige. "Rund ein Drittel weniger Finanzmittel bedeuteten mindestens sechs Freiwillige weniger", so der Verband. Damit verbunden seien auch "weniger Führungen und umweltpädagogische Angebote, weniger Hilfsmöglichkeiten für verletzte Vögel, weniger helfende Hände, um die wertvollen Schutzgebiete mit ihrer enormen Artenvielfalt zu erhalten", heißt es weiter.

Noch ist die Kürzung der Fördermittel nicht entschieden. Belastbare Aussagen zu zukünftig finanzierbaren Platzzahlen in den Freiwilligendiensten seien frühestens "zur Mitte des Herbstes" möglich, teilte die Bundesregierung jüngst auf eine Kleine

Anfrage der Fraktion Die Linke mit. Über den Bundeshaushalt für 2024 wird der Bundestag im November entscheiden.

Das lesen Sie zusätzlich online

Linders unfertiger Haushalt - wofür die Regierung Geld ausgeben will:

www.sk.de/11706902


Bildunterschrift: Rund ein Viertel der Förderung des Bundes soll wegfallen. Daran hängen Tausende Freiwilligenstellen. Bild: Dennis Möbus/Volunta/Deutsches Rotes Kreuz

Quelle:	Südkurier Konstanz vom 03.11.2023, Seite 5
Ressort:	Politik
Ausgabe:	Konstanz; Albbote; Bad Säckingen; Donaueschingen; Markdorf; Pfullendorf Messkirch; Radolfzell; Singen; Stockach; Überlingen; Villingen-Schwenningen; Waldshut
Dokumentnummer:	1315607

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/SK__0136f21143802fa9218c236090558741cae7a77c

Alle Rechte vorbehalten: (c) Südkurier GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Freiwillige fürchten um ihre Arbeitsstellen

Neustrelitz. Um auf die schwerwiegenden Folgen der geplanten Kürzungen bei den Freiwilligendiensten aufmerksam zu machen, beteiligen sich Neustrelitzer Freiwillige am Montag, dem 6. November trägerübergreifend am bundesweiten Aktionstag der Kampagne "Freiwilligendienst stärken". Ziel der Kampagne sei es, die drohenden Kürzungen bei den Freiwilligendiensten abzuwenden. Neben Freiwilligen des sozialen Freiwilligenjahres (FSJ) engagieren sich auch Freiwillige des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) und dem freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) an der Aktion. Am Aktionstag selbst sind die Freiwilligen mit einem Infostand auf dem Marktplatz Neustrelitz zu finden. Ihr Ziel sei es, die Bevölkerung zu informieren und für ihre Arbeit zu sensibilisieren und zudem darauf aufmerksam zu machen, was eine Kürzung der Gelder für die Freiwilligendienste auch in Neustrelitz bedeuten würde, heißt es von den Veranstaltern. Interessierte sind gerne eingeladen, sich mit den Freiwilligen vor Ort auszutauschen.

Wichtige Projekte stehen jetzt in Frage

Eine Gruppe Freiwilliger hatte am Donnerstag den Bundestagsabgeordneten Johannes Arlt (SPD) in das Kunsthaus Neustrelitz eingeladen. Hier leistet beispielsweise Shiva Rauch seinen Freiwilligendienst. Anliegen an diesem Nachmittag: Den großen gesellschaftlichen Mehrwert des Freiwilligendienstes für die Region sichtbar zu machen und auf die Konsequenzen der Kürzungen hinzuweisen. Im Kunsthaus beispielsweise stehen ohne den Bundesfreiwilligendienst wichtige Projekte in Frage. "Wir sind froh, dass Shiva Rauch und seine Mitstreiter auf diese gravierenden Einschnitte aufmerksam machen", sagt Thomas Kowarik vom Kunsthaus. "Bei uns im Kunsthaus beispielsweise sind viele Projekte ohne Assistenten gar nicht zu machen. Ich denke da an Filmdreh oder Sprayer-Aktionen, an denen viele, viele Kinder und Jugendlichen in den vergangenen Jahren teilgenommen haben. Auch der Jugendbeirat kann Dank des Freiwilligendienstes sehr viel in der Stadt auf die Beine stellen", so Kowarik über den Mehrwert des Bundesfreiwilligendienstes. Nicht zu unterschätzen sei, dass auf diesem Weg nicht nur junge Leute eine Chance erhalten, sich auszuprobieren, ihre Talente zu entdecken und einzubringen. Das werde nun eingeschränkt. Der Förderverein Slawendorf Neustrelitz beschäftigt beispielsweise acht Bundesfreiwillige, zumeist älteren Semesters. "Sie unterstützen die Gewerke, betreuen die Stände und erledigen Hofarbeiten. Für viele von ihnen ist es auch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen", schildert Vereinsvorsitzender Klaus Ebel. Die Bundesregierung hat im Juli einen Haushaltsentwurf für 2024 vorgelegt, der bei den Freiwilligendiensten Einsparungen im Umfang von 78 Millionen Euro vorsieht. Dies entspricht einer prozentualen Kürzung der Mittel von rund 24 Prozent. Seit Vorlage dieses Haushaltsentwurfs haben Verbände, Träger und Freiwillige auf die drastischen Folgen der Kürzungen aufmerksam gemacht. Von den Kürzungen seien ungefähr ein Drittel aller Einsatzstellen in den Freiwilligendiensten betroffen, heißt es. Vor dem Bekanntwerden der Kürzungen hat sich die Kampagne "Freiwilligendienst stärken", ein Zusammenschluss von Freiwilligen aus ganz Deutschland gegründet, um mit einer Petition an den Deutschen Bundestag eine dringend benötigte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freiwillige zu erreichen.

Kampagne will weiter gegen Kürzungspläne vorgehen

"Innerhalb von vier Wochen konnten über 100 000 Unterschriften gesammelt werden. Da mit den Kürzungsplänen jegliche Verbesserung unmöglich werde, lehnte die Kampagne die Kürzungen entschieden ab und fordere die Bundespolitik zu einem Umlenken auf", sagt Lin Guttzeit. Sie hat im August ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr im Leea begonnen und ist dankbar für diese Chance, sich vor dem Studium ausprobieren zu können. "Doch nun ist gar nicht sicher, ob meine Stelle weiter finanziert werden kann", sagt sie.

Die finalen Entscheidungen zu den Kürzungsplänen werden durch den Bundestag Mitte November getroffen. Bis dahin will die Kampagne "Freiwilligendienst stärken" gegen die Kürzungspläne vorgehen.

Jana Schrödter und Heike Sommer

Bildunterschrift: Im Kunsthaus Neustrelitz trafen sich Bundesfreiwillige mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Arlt (SPD), um gegen die Kürzungen im Bundesfreiwilligendienst vorzugehen. Foto: Archiv

Quelle:	Nordkurier - Strelitzer Zeitung vom 03.11.2023, Seite 16
Ressort:	Lokales
Ausgabe:	Nordkurier - Strelitzer Zeitung
Dokumentnummer:	doc7snnfjacu45nqqkk12yj

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/NKU_afd1c7cf158812ffa3087155398c69c64a032549

Wohlfahrtsverbände warnen vor Einsparungen

Die Bundesregierung plant Sozialkürzungen / In Darmstadt wären vor allem Angebote in der Asyl- und Migrationshilfe betroffen

DARMSTADT. In Darmstadt drohen den Wohlfahrtsverbänden durch geplante Kürzungen der Bundesregierung für den Haushalt 2024 viele Angebote wegzubrechen. Viele soziale Angebote in ganz Deutschland drohen vollständig wegzubrechen, da gestiegene Kosten finanziell nicht ausreichend kompensiert werden können.

Die Mittelstreichungen bei gleichzeitig steigenden Kosten könnten von den sozialen Einrichtungen finanziell nicht abgedeckt werden, erklärten Arbeiterwohlfahrt (AWO), Diakonie Deutschland und der Paritätische Wohlfahrtsverband unter Berufung auf eine bundesweite Umfrage bei rund 2800 gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen. Daran beteiligten sich unter anderem Kitas, Einrichtungen und Beratungsstellen aus der Familien- und Jugendhilfe sowie der Pflege, Eingliederungshilfe, Migrationshilfe, Schuldnerberatung und Wohnungslosenhilfe.

Trotz steigender Nachfrage müssten vielerorts bereits Angebote und Hilfen eingeschränkt oder sogar ganz eingestellt werden, hieß es. Der Bund müsse dringend von angekündigten Haushaltskürzungen Abstand nehmen. Im Gegenteil brauche es eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen sowie einen Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik.

Bei der Diakonie in Darmstadt würden die Kürzungen vor allem die Migrationsberatung und die Beratung für geflüchtete Menschen treffen, erklärt Edda Haack, Leiterin der Diakonie Darmstadt-Dieburg. "Wir müssen hier Stellen reduzieren. Das hängt am Ende aber auch von der Höhe der Kürzungen ab." Sie hält die geplanten Sozialkürzungen der Bundesregierung für ein "fatales Signal". Das Beratungsangebot werde überall dort zurückgehen, wo Demokratiestärke gefragt sei. "Wir wollen keine Menschen im Regen stehenlassen. Die Angebote in der Migrationsberatung und für Menschen mit Fluchterfahrung sind wichtig. Diese Menschen müssen begleitet werden", sagt Haack.

Ähnlich düster sieht es beim Paritätischen Hessen aus. Auch bei dessen Mitgliedern wären die Beratungen für Menschen mit Migrationshintergrund und für Geflüchtete betroffen. Erik Sparr-Wolf, Regionalgeschäftsführer des Paritätischen in Darmstadt, spricht von "dramatischen Kürzungen". In der Beratung von Migranten und Geflüchteten könnten Stellenzuschnitte so stark reduziert werden, dass die Angebote insgesamt eingestellt werden müssten. "Dann könnten viele Asylsuchende keine unabhängige Beratung mehr in Anspruch nehmen und Integrationsprozesse früh scheitern." Stark betroffen von den Kürzungsplänen sei auch der Bereich Freiwilligendienste. "Hier trifft man die Wurzel, denn viele spätere Fachkräfte finden erst durch Freiwilligendienste den Weg in den Sozialbereich. In der Folge wird dieses wichtige Potenzial weiter schwinden", warnt er.

Haack von der Diakonie warnt: "Wir dürfen in der sozialen Infrastruktur keine Dellen bekommen. Im sozialen Bereich stehen immer Menschen dahinter. Es geht um Integration, Demokratiebildung und nicht um Maschinen."

Bereits seit Anfang 2022 verzeichnen die befragten Einrichtungen den Verbänden zufolge eine Kostensteigerung um durchschnittlich ein Sechstel (16 Prozent). Fast jede dritte befragte Einrichtung musste demnach Personal abbauen beziehungsweise plant Entlassungen. Auch die Möglichkeit, Kostensteigerungen durch höhere Nutzerbeiträge auszugleichen, schein weitgehend ausgereizt und führte bereits zu ersten Verwerfungen.

"Wer in Zeiten großer Unsicherheit und gesellschaftlicher Umbrüche nicht in Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit sowie in eine stabile soziale Infrastruktur investiert, wird später ungleich höhere Summen für die Lösung der sozialen Folgeprobleme aufwenden müssen", erklärt Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland.

Stefan Simon

Quelle:	Darmstädter Echo, 31.10.2023, Seite 11
Ressort:	Lokales
Dokumentnummer:	325042440001698706800

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/DECH_74d9c264af342124deb9b27409fd5c5db18b7a9

Alle Rechte vorbehalten: (c) Echo Zeitungen GmbH

Beim Freiwilligen Sozialen Jahr drohen Kürzungen

MdB Carolin Wagner informierte sich an der Jakob-Muth-Schule über die konkreten Auswirkungen der Pläne Regensburg „Freiwillige junge Leute leisten einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft“, sagte die Regensburger Bundestagsabgeordnete Carolin Wagner (SPD) beim Informationsgespräch in der Jakob-Muth-Schule. Eingeladen hat die Sportjugend Regensburg im BLSV. Bayernweit leisten weit über 300 junge Leute ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), so Vorsitzender Detlef Staude.

Sein Heimatverein SV Sallern ist schon seit über zehn Jahren eine Einsatzstelle für FSJler. Hier ist heuer Elias Hirschinger mit viel Engagement dabei. Nach seiner Übungsleiterausbildung in Landshut ist Elias an sechs Grundschulen im Einsatz, darunter auch die Jakob-Muth-Schule. „Mir macht es riesig Spaß“, meint der junge FSJler, der zudem beim SV Sallern die E2 und die D-Jugend trainiert.

Philipp Seitz, Präsident des Bayerischen Jugendrings (BJR), kämpft darum, drohende Kürzungen bei den Freiwilligendiensten abzuwenden. „Jede vierte Stelle fällt 2024 weg, wenn die Mittel nicht mehr wie heuer bereitgestellt werden“, so Seitz zu der SPD-Politikerin. Freiwilligendienste seien ein sehr guter Weg, junge Menschen an soziale Arbeit heranzuführen und sie in dieser wichtigen beruflichen Orientierungsphase Selbstwirksamkeit erfahren zu lassen.

Die bisher geplanten Kürzungen belaufen sich nach Angaben des BJR in beiden Dienstformaten auf 78 Millionen Euro. 2025 sollen die Mittel um weitere 36 Millionen Euro gesenkt werden. Wagner bestätigte, dass im ersten Entwurf der Bundesregierung 75 Millionen Euro „im Feuer“ stünden. Im Koalitionsvertrag stehe dagegen, dass man Freiwilligendienste stärken wolle. Sie sei deshalb sehr dankbar über Einladungen zu Trägern, um sich ein Bild über die Tätigkeit der jungen Leute zu machen.

Quelle:	Mittelbayerische Zeitung - Nittenau und Bruck vom 30.10.2023, Seite 36-36
Ressort:	Regensburg
Dokumentnummer:	29-110624764

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/MIB_f9d0af2e50aa306e3996ec1e949e1d5827b0074a

Alle Rechte vorbehalten: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH



Die Glocke - Warendorf vom 28.10.2023, Seite 18 / Warendorf

„Struktur sollte erhalten werden“

Warendorf (gl). „Die Erfahrungen, die ich hier bisher bei der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen gemacht habe, bekräftigen auf jeden Fall meine Entscheidung für den beruflichen Weg, den ich einschlagen möchte“, sagt der 19-jährige Freiwilligendienstler, der während des einstündigen Rundgangs durch Schule und Klassen immer wieder Einblick in seine täglichen Aufgaben gab. Nach dem Jahr wolle er sich auf jeden Fall für einen Studienplatz im Fach „Soziale Arbeit“ bewerben.

Eine Rückmeldung, die Phillip Soggeberg häufig erhält. Er ist Geschäftsführer der Freiwilligen Sozialen Dienste im Bistum Münster und begleitet mit seinem Team vor allem den pädagogischen und organisatorischen Anteil des freiwilligen Jahres.


Henning Rehbaum wird in der Mitteilung so zitiert: „Die Freiwilligendienste sind systemrelevant für die gesamte Gesellschaft. Die Struktur und Qualität sollten erhalten bleiben.“ Er sicherte seine Unterstützung auf politischer Ebene zu.

Quelle:	Die Glocke - Warendorf vom 28.10.2023, Seite 18
Ressort:	Warendorf
Ausgabe:	Warendorf
Dokumentnummer:	obj0000016632436

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/DGL_801085fa062d0aa3f8916d43537d3d57cc5f2a68

Alle Rechte vorbehalten: Alle Rechte vorbehalten - Die Glocke, Verlag E. Holterdorf GmbH und Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH